

9. November
7/2023

www.landtag-mv.de



IM HEFT:
Zeitplan 2024

+++ Einbringung Doppelhaushalt 2024/2025 +++ Aktuelle Stunde zur Asylpolitik +++ Bedenken gegen Windkraftanlagen +++ Wirtschaftlicher Blick nach Polen +++ Dritter „Tag der Menschen mit Behinderung“ geplant +++ Schweriner Residenzensemble im Welterbe-Vergleich +++ Höfische Weihnacht +++ "Jugend fragt nach" +++



3	AUS DEM PLENUM	
3	Haushalt	Einbringung Doppelhaushalt 2024/2025
7	Aktuelle Stunde	"Asylpolitik in der Sackgasse – Bürgerwillen ernst nehmen" (auf Antrag der Fraktion der AfD)
8 - 16	Auszüge aus der Originaldebatte	Jan-Phillip Tadsen (AfD), Innenminister Christian Pegel, Franz-Robert Liskow (CDU), Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE), René Domke (FDP), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Julian Barlen (SPD)
17 - 26	Berichte	Das deutsche Tor zur Ostsee Debatte zu MV-Wirtschaft Künstliche Intelligenz an Schulen Hilfe für alle Schüler – Multiprofessionelle Teams Bedenken gegen Windkraftanlagen Wirtschaftlicher Blick nach Polen
26 - 29	Meldungen	Dritter „Tag der Menschen mit Behinderung“ geplant CDU fordert 300 Millionen Euro für Bildung Zu kurze Bahnsteige Containern bleibt strafbar Patientendaten für die Medizinforschung Kontinuität der Sonderpädagogik
30 - 34	Befragung der Landesregierung	
35 - 36	Gesetzgebung	
37	Ausschüsse	Petitionsausschuss aus Sachsen-Anhalt zu Besuch
38 - 47	PANORAMA	Schweriner Residenzensemble im Welterbe-Vergleich Musik und Politik in der Reihe aufgeSCHLOSSen Erste Jugendkonferenz der Enquete-Kommission Bientag im Schloss Jugend fragt nach 2023 Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten Höfische Weihnacht Zeitplan 2024
48	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 6. 10 2023



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während sie den Doppelhaushalt 2024/25 präsentiert.

Fotos: Uwe Sinnecker

Emotionale Landtagsdebatte zu Landesfinanzen

Doppelhaushalt 2024/25 eingebracht

Die Debatten um die Einbringung eines Landeshaushalts bieten immer die Gelegenheit zu ausführlichen und teils heftigen Diskussionen im Parlament. Da machte die Einbringung des Doppelhaushalts 2024/25 am 4. September keine Ausnahme. Während die Vertreter der rot-roten Landesregierung um ihre Politik und das dazugehörige Zahlenwerk warben, kritisierte die Opposition den Haushalt. Doch in allen Redebeiträgen wurde deutlich, dass die internationale Politik - etwa der anhaltende Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und die Folgen der Corona-Pandemie die Finanzplanung auch in MV beeinflussen.

Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 bleibt die Landesregierung nach Worten von Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) auf dem Kurs einer soliden Finanzpolitik. Der Haushalt werde allerdings in schwierigen Zeiten eingebracht. „Wir haben die Corona-Krise noch alle in den Knochen und gleichzeitig sind wir erschrocken, dass nach 18 Monaten der brutale Angriffskrieg von Putins Russland in der Ukraine tobt“, sagte Schwesig. Das Land müsse mit der Energiekrise, der Inflation und vielen wirtschaftlichen Folgen kämpfen. Deutschland insgesamt zeige sich wirtschaftlich schwach. Das treibe die Menschen um und mache ihnen Angst. „Wir verstehen, dass es viel Frust gibt. Unsere Aufgabe als Landesregierung ist es, diesen Frust nicht weiter zu schüren, son-



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

dern Antworten zu finden.“ Der Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 umfasst Ausgaben von jeweils mehr als elf Milliarden Euro. Die Landesregierung wolle in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, in gute Arbeit, den sozialen Zusammenhalt, in Bildung, Kitas und Schule sowie in die Umwelt investieren.

Fotos: Uwe Sinnecker



Gäste verfolgen von der Zuschauertribüne aus die Debatte. Wer eine Landtagsitzung besuchen möchte, kann sich anmelden unter: besucherdienst@landtag-mv.de.

„Wir haben es in diesem Doppelhaushalt mit den Krisenhilfen der Vergangenheit zu tun, mit steigenden Kosten der Gegenwart und gleichzeitig stellen wir uns den Aufgaben der Zukunft.“ Diese Zukunftsinvestitionen und die Abfederung der Krisenfolgen würden ohne neue Schulden erfolgen. „Das ist ein Riesenkraftakt“, betonte Schwesig. Allerdings mussten für 2024 rund 180 und für 2025 etwa 416 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage genommen werden. „Dafür sind diese Rücklagen da: Menschen in schwierigen Zeiten zu entlasten und auch in schwierigen Zeiten in die Zukunft unseres Landes zu investieren.“

■ Erste Kritik am Haushalt, der Landesregierung und den Fraktionen im Landtag äußerte der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**.

„Zwischen allen Fraktionen dieses Landtages mit Ausnahme der AfD-Fraktion besteht Übereinstimmung über die wesentlichen Inhalte der Landespolitik. Differenzen gibt es allenfalls in Details“, erklärte Kramer. Er warf der Landesregierung einen Mangel an Transparenz und politischer Redlichkeit sowie Unverständnis und Unkenntnis gegenüber den Menschen in MV vor. Dazu komme ein überzogenes Machtstreben der Regierung und die Unfähigkeit zur Selbstkritik. Kramer wandte sich insbesondere gegen die seiner Meinung aktuell stattfindende Masseneinwanderung. In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Ausländer in MV von 30 000 auf 116 000 angewachsen. „Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von 1,9 auf 7,1 Prozent.“ Der Wunsch, das Leiden anderer Menschen zu lindern, dürfe nicht dazu führen, das eigene Gemeinwesen zu überfordern und den Menschen maßlose finanzielle Belastungen und den Verlust von vertrauten Lebenswelten zuzu-



Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender AfD)



Franz-Robert Liskow (Fraktionsvorsitzender CDU)



Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE

muten, betonte Kramer. Diese Politik sei unredlich und illoyal gegenüber den Interessen der Deutschen in MV. Er kritisierte, dass die Landesregierung für die Jahre 2024/25 insgesamt 590 Millionen Euro für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten einplane. Die gesamten Bauaktivitäten für diesen Zeitraum in MV würden dagegen mit 586 Millionen Euro angegeben.

■ Die rot-rote Landesregierung habe es nicht geschafft, die Chance zur erforderlichen Neuausrichtung des Landeshaushaltes zu ergreifen, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Franz-Robert Liskow**. „Rot-Rot lebt auf Kosten der Zukunft und braucht bis Ende 2025 die letzten freien Mittel der Ausgleichsrücklage praktisch vollkommen auf, um den Haushalt auszugleichen.“ Die Rücklagen würden verfeuert. Das strukturelle Defizit, das aus dem ungebundenen Teil der Rücklage ausgeglichen wird, betrage für die Jahre 2024 und 2025 insgesamt rund 370 Millionen Euro. Aus der gesamten Ausgleichsrücklage würden sogar rund 595 Millionen Euro genommen. „Danach ist die Spardose praktisch leer“, erklärte Liskow. Der CDU-Politiker fürchtete weitreichende Auswirkungen von Entschei-



Jeannine Rösler (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)



Fotos: Uwe Sinnecker

halt der Krankenhäuser im Land. „Hier ist der Bund am Zug und muss dringend handeln“, forderte die LINKEN-Politikerin. Die 37 Krankenhäuser würden weiter vom Land gefördert.

■ „Die Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und eine klimaneutrale Wirtschaft verlaufen immer noch zu schleppend“, betonte **Dr. Harald Terpe**, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auch der Modernisierungsprozess in der Verwaltung verlange eine deutliche Beschleunigung. Es sei in den kommenden Jahren ein überproportionales Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Landesdienst bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft zu erwarten. „Das verstärkt den Fachkräftemangel auch in den Behörden“, betonte Terpe. Darauf sei aber der Stellenplan unzureichend ausgerichtet. Als Risiken für den Doppelhaushalt machte Terpe die aktuelle Konjunktur, die schwache Binnennachfrage und die steigende Arbeitslosigkeit aus. „Das sind Daten, die bei der Erstellung des Haushalts noch gar nicht vorlagen.“ Er kritisierte, dass Rot-Rot trotz der immensen Herausforderungen an entscheidenden Stellen wie Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung oder Mobilität zaudere. Er begrüßte zwar die Investitionen in Windkraft auf landeseigenen Forstflächen und auch das Sondervermögen Landwirtschaft und Klimaschutz mit einem Startzuschuss von 15 Millionen Euro. „Das kann allerdings nur ein Anfang sein.“ Angesichts der Herausforderungen bei der Wiedervernässung von Mooren sei dies nur ein zaghafter Beginn. „Dieser Prozess muss unserer Meinung nach stark beschleunigt werden“, betonte Terpe. Die Finanzierung der Klimafolgen sei viel größer als rechtzeitig vernünftige Klimaschutzinvestitionen zu tätigen.



Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



v.l.n.r.: Abgeordnete der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE

dungen der Berliner Ampelregierung. So sei die Energiesicherheit Deutschlands gefährdet wie nie, die Preise gingen durch die Decke und es werde ein Heizungsgesetz durchgedrückt, dessen Folgen viele Menschen vor riesige Probleme stellen wird. Die Landesregierung tue ihr Übriges: „Die Inflation steigt, die Wirtschaft schrumpft – Rot-Rot führt erstmal einen neuen Feiertag ein.“ Nach Liskows Meinung treibe die Politik der Berliner Ampel und vor allem die von Rot-Rot in MV einen tiefen Keil in die Gesellschaft. Die große Zahl an Flüchtlingen, die derzeit in Deutschland ankommt, bringe die Integrationsfähigkeit des Landes an die Belastungsgrenze. „Rot-Rot verschließt bei dem Thema fest die Augen und erklärt den Wunsch nach spürbarer Begrenzung der Migration als politisch anrühlich beziehungsweise nicht durchführbar.“

■ Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**, vertrat dagegen die Ansicht, dass die Landesregierung das Land in der aktuell schwierigen Lage voranbringen werde: „Sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig.“

Mit dem Entwurf des Doppelhaushalts übernehme die Koalition Verantwortung für die weiteren Jahre. „Wir konsolidieren, wir investieren und wir gestalten.“ So gehörten Kita und Schule zu den Prioritäten im Landeshaushalt. Das sei erforderlich, um Schritt für Schritt die großen Herausforderungen wie den Lehrkräftemangel, aber auch die Arbeitsbelastung in den Kitas anzupacken. „Mit circa 1,9 Milliarden Euro pro Jahr investiert Rot-Rot kräftig und so viel wie nie.“ Zudem blieben Krippe, Kita, Hort und Ferienhort beitragsfrei, sicherte Rösler zu. „Das ist eine enorme Leistung und eine enorme Entlastung für die Eltern, die wir uns nicht kleinreden lassen.“ Die Bereiche Soziales, Ehrenamt, Pflege und Gesundheit seien zentrale Anliegen der Koalition. So würden die Mittel für die Sozial- und die Gesundheitsberatung im Rahmen des Wohlfahrtsgesetzes aufgestockt. „Das Ehrenamt und die Seniorenarbeit werden gestärkt“, sagte Rösler. Der Fonds für die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Gemeinden werde verdoppelt und die Mittel für die Ehrenamtsstiftung würden angehoben. Eine große Herausforderung sei die Sicherung der Pflege und der Er-



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)

Für den Fraktionsvorsitzenden der FDP, **René Domke**, verfügt das Land über eine sehr bequeme Einnahmesituation in den kommenden zwei Jahren. „Unser Problem ist, dass die Ausgaben nicht im Griff sind.“ Er vermisse den Steuerzahlern gegenüber eine gewisse Demut. Angesichts der vielen Probleme, die das Land zu bewältigen habe, wäre es wichtig zu wissen, welche Strategie die Landesregierung verfolgt. „Der Haushaltsentwurf müsste ein Weckruf sein, der uns in die Zukunft führt“, sagte Domke. Aber er sehe im Haushalt nichts, woran er Optimismus ableiten könne. „Wo will das Land Ende 2025 stehen.“ Domke kritisierte, dass mit der Finanzierung des „ambitionslosen Doppelhaushalts“ durch die Rücklagen der Notgroschen aufgebraucht sei. „Was machen wir bei der nächsten Krise, bei der nächsten Herausforderung?“ Es müsse nun genau darauf geachtet werden, wie mit diesem Notgroschen der größte Hebel angesetzt werden kann. Auch in den Jahren bis 2028 sei mit großen Haushaltslücken zu rechnen. „Wir werden auf ein Loch von 1,4 Milliarden Euro zusteuern“, sagte Domke. Anstatt Maß zu halten, setze die Landesregierung stumpf den Koalitionsvertrag um, der in einer anderen Zeit entstanden ist. Als Beispiel nannte er den zusätzlichen Feiertag oder das Seniorenticket. „All das geschieht zu Lasten der Zukunft, zu Lasten der Kinder und Enkel.“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Julian Barlen**, verwies auf die immensen Herausforderungen wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg oder die Energiekrise. „Darauf gilt es, mit diesem Doppelhaushalt Antworten zu geben. Antworten, die laut Ja sagen zu einer guten Zukunft in MV.“ Der Haushalt sei stark, entschlossen, zukunftsfest und solide. Mit ihm würde in außergewöhnlichen Zeiten die Standhaftigkeit des Landes gefestigt, um Kri-



v.l.n.r.: Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD



Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD)

sen zu meistern, Sicherheit zu schaffen und Weichen zu stellen. Barlen wandte sich gegen Schwarzmalerei, mangelnden Mut und Defätismus aus den Reihen der Opposition. Barlen stellte die Investitionsquote von mehr als 15 Prozent bei einem Gesamthaushalt von 11 Milliarden Euro heraus. Dieser Haushalt gieße in Zahlen, was sich die Koalition vorgenommen habe: MV als ein wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes und innovatives Land auf einem guten Kurs zu halten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende machte deutlich, dass die Koalition zu den Werften im Land und dem maritimen Erbe stehe. Es sei die gemeinschaftliche Politik, dass das Knowhow und die maritime Beschäftigung gesichert worden seien. Auch sei verhindert worden, dass nach dem Ende der MV-Werften-Gruppe die

Belegschaften auseinanderlaufe. Mit funktionierenden Werftenstandorten sei es nun möglich, beispielsweise das Thema Offshore-Windkraft mit den entsprechenden Industrie-Arbeitsplätzen umsetzen zu können.

Drucksachen 8/2399 und 8/2400 sowie Unterrichtung durch die Landesregierung 8/2398

*Beschluss:
Überweisung an die zuständigen Ausschüsse*



Foto: Uwe Sinnecker

Jan-Phillip Tadsen (AfD) sprach als erster Redner zum Thema der Aktuellen Stunde am 20. September "Asylpolitik in der Sackgasse – Bürgerwillen ernst nehmen".

Herausforderung Asylpolitik

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion AfD

■ Die Menschen fühlten sich mit der Asylpolitik von Bund und Land und deren Auswirkungen zunehmend allein gelassen, stellte die AfD in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde fest. In einer intensiven Debatte zeigten sich die verschiedenen Standpunkte der Fraktionen. Allein bei der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Regelung zur Migration herrschte fraktionsübergreifende Einigkeit.

Die Stimmung im Land sei „gekippt“ – Bundes- und Landesregierung entfremdeten sich von der Bevölkerung, folgerte die AfD aus den eindeutigen Bürgerentscheiden gegen Flüchtlingsunterkünfte und einer gescheiterten Integration von Migranten. Die Menschen erwarteten einen „Politikwechsel in der Migrationspolitik“ mit einem „echten Grenzschutz“, einer „Seeblockade im Mittelmeer“ und der Zerschlagung von Schlepperstrukturen.

Mit insgesamt 7.818 Asylsuchenden und zusätzlich rund 24.000 Ukrainern im Land stünden die Kommunen vor enormen Herausforderungen, räumte Innenminister Christian Pegel (SPD) ein. Dies sei nicht „automatisch“ eine Überforde-

rung und „mit Sicherheit“ keine Sackgasse. Er sei offen für „streitige Diskussionen“, auch zur Änderung von Bundesgesetzen.

Obwohl SPD und DIE LINKE in ihren Wahlprogrammen direkte Demokratie beworben hätten, ignorierten sie das deutliche Bürgervotum gegen Flüchtlingsunterkünfte, kritisierte die CDU. Wahlen seien kein „Gottesurteil“ und vor allem „kein Freibrief“ für eine Politik, die nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen würde.

Die EU-Asylpolitik – gekennzeichnet von „schmutzigen Deals mit Autokraten“, fehlender solidarischer Verteilung und keinem EU-Seenotrettungsprogramm – stecke „offenbar“ in einer Sackgasse, urteilte DIE LINKE. Kürzungen des Bundes bei Entwicklungshilfe und Integrationsberatung seien „verantwortungslos und Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte in zwei Beiträgen auf, Asylpolitik neu zu denken. Denn Gewalt an der Grenze „greife nach innen“ und „korrumpiere die Gesellschaft“ durch die Beschädigung der „Institution des Rechtsstaats und der

Demokratie“. Zugleich fördere diese Gewalt „eine Verrohung der zivilen Alltagsmoral durch die kollektive Gewöhnung an Grausamkeit und Rechtsbrüche“.

Die Probleme in der Integration haben sich über Jahre angestaut, hob die FDP hervor. „Darüber muss man reden.“ Auch darüber, dass nicht alles geleistet werden könne. Die FDP setze auf eine geregelte Arbeitseinwanderung nach einem Punktesystem. Dabei komme der Stärkung der Kommunen und dem Aufbau einer „zentralen Ausländerbehörde“ eine hohe Bedeutung zu.

In zwei Reden verwies die SPD auf die „Verantwortungsgemeinschaft von Kommunen, Landkreisen, Land, Bund und Europa“ für eine „menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik“. Zur Debatte stünden die Bundeskürzungen bei „grundlegenden“ Integrationsangeboten sowie „die solidarische Verteilung“ in Europa. Mit dem 32-Punkte-Antrag vom März habe die Regierungskoalition „einen 360-Grad-Blick“ auf die gesellschaftlichen Herausforderungen geworfen, um humanitäre Pflicht und Machbarkeit zusammenzubringen. Dies sei „ganz, ganz konkretes Handeln“.

■ Jan-Phillip Tadsen, AfD:

„Das Scheitern der Integration muss jetzt knallhart offengelegt werden.“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] In dieser Krise offenbart sich die Verachtung. Es offenbart sich Ihre Verachtung gegenüber den Menschen, [...] die mit Ihrer Politik konfrontiert werden.

*(Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE:
Was sind denn bitte „normale Bürger“?)*

[...] In unserem Land scheitern [...] Sozialstaat und Integration immer deutlicher. Dass fast jede zweite Person aus den Asylhauptherkunftsländern vom Sozialstaat lebt, ist ja längst bekannt. Weniger bekannt ist aber, wie dramatisch sich Ihre Politik selbst in Schwerin jetzt auswirkt. Erst kürzlich sprach ich mit Großeltern, die große Sorgen um ihre Zukunft des En-



Soldatinnen und Soldaten der Marinetechnikschule Parow verfolgten die Aktuelle Stunde von der Besuchertribüne aus.

kelkinds haben. In einer Schulklasse auf dem Mueßer Holz: von 24 Erstklässlern nur noch vier deutsche Kinder. Was das für die schulische Entwicklung bedeutet, kann man in einer neuen Studie zur Situation in NRW nachlesen. Bis zu 80 Prozent der Drittklässler in den dortigen Brennpunktschulen können nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Westdeutsche Verhältnisse kommen jetzt in die Städte des Ostens, und genau das wollen unsere Bürger nicht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] an dieser Stelle muss ich die Regierung daran erinnern, Sie haben auch Verantwortung für diese vier deutschen Schüler. Sie müssen auch in einer Klasse im Mueßer Holz endlich mit einem offenen Blick draufschauen, wie sich das entwickelt. Mir scheint, Sie haben das völlig vergessen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)*

[...] das Scheitern der Integration muss jetzt knallhart offengelegt werden. [...]

Meine Damen und Herren, die Stimmung in unserem Land ist aber längst gekippt. [...] so etwa in Malchin, wo die alte Post eigentlich für altersgerechte Wohnungen hergerichtet werden soll und jetzt gegen den einstimmigen Beschluss der Stadtvertretung – ich wiederhole: den einstimmigen Willen der Stadtvertreter – eine Gemeinschaftsunterkunft gebaut werden soll.

(Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

Das ist nicht nur sozialer Sprengstoff, das ist ein Verrat an den Menschen, die ein Leben lang [...] für diese Zukunft gearbeitet haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)*

[...] meine Damen und Herren der CDU, Sie haben ja gezeigt, dass Mehrheiten fernab von linken Träumereien durchaus möglich sind. Schauen Sie die jüngste Umfrage in unserem Bundesland an [...], wir haben jetzt alle Hebel für einen Politikwechsel in der Migrationspolitik in der Hand, wir müssen es nur wagen und es umsetzen!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos –
Christian Albrecht, DIE LINKE:
Na noch steht ja immer noch
eine Wahl an.)*

[...] Ja [...], es geht [...] auch anders. Es geht zum Beispiel so, wie es [...] Joachim Gauck, vor Kurzem erst gesagt hat.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Passt zu euch.)

Er hat entgegen Ihrer Wirklichkeitsverdrängung ausgesprochen, man müsse jetzt, ich zitiere, „das Undenkbare“ zu denken beginnen. Zitatende.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das für viele von Ihnen als undenkbar Tabuisierte in der Migrationspolitik, das ist eigentlich völlig normal auf der Welt. [...] Es geht darum, die Notwendigkeit eines Außengrenzschatzes innerhalb der Europäischen Union zu realisieren. Und es ist doch immer noch so, dass Australien es längst bewiesen hat. Deswegen sind wir jetzt auch an der Zeit, das zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos – Zuruf von René Domke, FDP)

[...] Ja, meine Damen und Herren, das wird uns aber wirklich nur gelingen, wenn wir [...] die Schlepper robust im Mittelmeer bekämpfen.

(Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE:
Sie wollen auf Menschen schießen.)

[...] Nein, wir wollen das Sterben beenden, das ist unser Ansatz.

[...] Frau Meloni [...] setzt doch jetzt die Forderungen. [...] der politische Wille ist der, dass wir jetzt eine Seeblockade im Mittelmeer brauchen. [...] Dieser Landtag muss jetzt nachziehen, damit die Debatte endlich anfängt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Enrico Schult, AfD: Jawoll! – Unruhe bei Daniel Seiffert, DIE LINKE – Zuruf von René Domke, FDP)

[...] Meine Damen und Herren, denken Sie an die vier Kinder in der Schule im Mueßer Holz! Denken Sie an die Opfer der Gewalt! Denken Sie an die Menschen, die von dieser Politik betroffen sind! [...] ich fordere Sie auf: Bekennen Sie sich, machen Sie sich ehrlich, nehmen Sie diese Bürger unseres Landes endlich ernst! [...]

■ Minister Christian Pegel:

„Ich stehe auf diesem Grundgesetz mit beiden Beinen und ganzem Herzen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Die These dieser Aktuellen Stunde: „Asylpolitik in der Sackgasse“. Demgegenüber – und das beruhigt mich sehr – steht die These des Grundgesetzes: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Punkt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So klar und so schlicht formuliert es unsere Verfassung. Und jetzt bleibt die Gretchenfrage:

(Horst Förster, AfD: Drittstaatenregelung haben Sie vergessen, 16a.)

Ist das Grundgesetz die Sackgasse? Oder ist die These eine Sackgasse? Ich bin von Letzterem überzeugt.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Ich stehe auf diesem Grundgesetz mit beiden Beinen und ganzem Herzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] erlauben Sie mir ein paar nackte Zahlen und Fakten, schlichte Fakten wohlgemerkt, in diese Diskussion einzuführen. [...] Wir hatten in diesem Jahr seit Jahresbeginn, gemessen an den Zahlen Ende August, 3.641 Asylbewerberzugänge laut der Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF. 2022 hatten wir 4.656 Zugänge ausweislich dieser Statistik. Allerdings – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – bleiben in den Verfahren auch über einen Jahreswechsel einige im Verfahren drin. Spannend also die Frage, die ja im Raume steht: Wie viele Menschen sind eigentlich insgesamt im Land, die in einem Asylverfahren sich befinden.



Innenminister Christian Pegel spricht über die Menge der sich im Land aufhaltenden Migranten.

den? Es waren Ende August laut dieser BAMF-Statistik 7.818 Asylbegehrende. Noch mal kurz und knapp: 3.641 bis Ende August in diesem Jahr, 4.656 in gesamt 22, 7.818 insgesamt Ende August im Verfahren. Diese Zugänge, [...] treffen auf 1,62 Millionen Menschen – 1,62 Millionen Menschen, die in diesem Land leben.

Ich will deutlich wiederholen, was ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt habe: Die Situation ist für alle Landkreise, Städte herausfordernder als 2020 und 21 – völlig unbenommen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben die Bürger vergessen, Herr Pegel.)*

[...] Und ja, diese Zahlen sind selbstverständlich nicht isoliert zu betrachten. Das gehört dann auch dazu. Wir haben außerdem aktuell rund 24.000 ukrainische Vertriebene im Land. Die kommen als Bestand, als Menschen mit nicht deutschen Personalausweisen hinzu. Und die Summe aus beidem macht es – ja, das gehört zur Ehrlichkeit selbstredend dazu, das habe ich auch von Anfang an in diesem Hohen Hause immer gesagt –, das macht es insgesamt herausfordernd. Aber es bleibt dabei: herausfordernd, nicht überfordernd. [...] Es bleibt bei dem Bekenntnis, dass wir als eines der wenigen Bundesländer die Kommunen von den Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften zu 100 Prozent freihalten. Kein kommunaler Haushalt – und ja, das haben wir schon, ich glaube, 2015 oder 16 in der vorherigen Koalition, in der Großen Koalition gemeinsam in Gesetzesform gegossen –,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

[...] Und wir werden auch die Wirtschaft darin unterstützen, dass Grenzschießungen genau das Gegenteil von dem sind. Eine deutsch-polnischen Grenze – was nützt es – wird den kleinräumigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktverkehr massiv beeinträchtigen. Das wäre Gift für die Wirtschaft dieses Landes, schädlich für uns und eben keine Lösung der eben aufgeworfenen Diskussion.

Wir werden zwölf Wochen lang die zu uns Kommenden in der Erstaufnahmeeinrichtung bewahren. Wir werden versuchen, unsere Kapazitäten von knapp 1.200 in den kommenden 18 Monaten Stück für Stück knapp zu verdoppeln. Wir werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass langfristige Mietverhältnisse der Gemeinschaftsunterkünfte möglich sind, um eben nicht immer mit den ab- und zunehmenden Flüchtlingszahlen wegzukündigen und wieder aufmachen zu müssen. Es gibt ein klares Bekenntnis, genau da Langfristigkeit hineinzubringen.

Wir werden [...] Verwaltungsverfahren beschleunigen müssen. Das kann leider nur der Bund. [...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Sackgasse ist all das mit Sicherheit nicht, und das Grundgesetz erst recht nicht. [...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Dort merkt man [...] die Schiefelage dieser Diskussion.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Werte Kollegen, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern zuletzt zwei erfolgreiche Bürgerentscheide gehabt, einen in meiner alten Heimatstadt, in Greifswald, und einen in der Kleinstadt Grevesmühlen. Das Ergebnis war beides Mal das Gleiche: in Greifswald zwei Drittel gegen das Bereitstellen städtischer Grundstücke für Wohnraum für Flüchtlinge, in Grevesmühlen deutlich über 90 Prozent, [...].

Und wenn man nach den Ursachen fragt des Ergebnisses, dann hat beispielsweise in Greifswald die Sprecherin des Bündnisses „Greifswald für Alle“ erklärt: „Wir kennen unsere Stadt als weltoffen und solidarisch und können ... nur zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen, die“ mit „Ja gestimmt hätten, nicht zur Wahl gegangen sind.“ [...]

Und, meine werten Kolleginnen und Kollegen, direkte Demokratie, das sind eigentlich nicht unbedingt Herzensthemen der Union. Das gebe ich auch ganz offen zu, das ist kein großes Geheimnis. Ich persönlich bin der Ansicht, dass Entscheidungen, auch grundsätzliche Entscheidungen im Parlament gut aufgehoben sind. Aber wir haben hier im Landtag eben auch Parteien, die sehen das ein wenig anders. Zum einen die Partei DIE LINKE [...].

[...] Die SPD fordert in ihrem Wahlprogramm: „Unsere Landesverfassung kennt Regelungen für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Wir wollen sie um die Möglichkeit der Volksbefragung erweitern.“

Man sollte also meinen, dass der Landesregierung dieses Thema durchaus wichtig ist und dass sie eine durchaus aufgeschlossene Haltung beim Thema „direkte Demokratie“ hat. Dass sie aber bei den entsprechenden Initiativen, die hier stattgefunden haben, eben keine Bedeutung hat, merkt man ja. Denn es hängt eben ganz stark davon ab, ob die Ergebnisse der Volksbefragung in die politische Agenda von Rot-Rot passen oder eben nicht. Und nach dem Bürgerentscheid in

Greifswald und Grevesmühlen war die Reaktion von verantwortlicher Seite eher passiv-aggressiv. Sinngemäß hieß es vonseiten der Landesregierung, man nehme die Ergebnisse zwar zur Kenntnis, an der Asylpolitik würde diese Entscheidung aber nichts ändern. Die Flüchtlinge müssten dann eben woanders untergebracht werden.

Und dort merkt man eben auch die Schiefelage dieser Diskussion. Sie von der Linkskoalition sollten die Menschen nicht für dumm halten. Dass die Flüchtlingsunterkünfte dann einfach woanders errichtet werden, das wird den Menschen vor Ort durchaus klar gewesen sein, denn genau das war es, was sie mit Ihrer Stimme zumindest erreichen wollten: Wenn schon Unterkünfte gebaut werden, dann eben bitte nicht vor der eigenen Haustür. Das halten Sie vielleicht für unsolidarisch, ich halte das zumindest für eine nachvollziehbare Denkweise. [...]

Und natürlich ist die Landesregierung nicht allein dafür verantwortlich, für die mit Händen zu greifende Unzufriedenheit,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber viele bundespolitische Entscheidungen – Personenstandsgesetz, Heizungsgesetz, die Industrialisierung, Inflation, Drogenlegalisierung und natürlich eben auch die Migrationspolitik – werden durch das Handeln von Rot-Rot hier eben auch wunderbar abgerundet. Die Bundes- und auch die Landesregierung haben aus dem Blick verloren, dass sie zwar fraglos mit politischer Verantwortung bei den Wahlen ausgestattet worden sind, aber das ist eben kein Freibrief für eine politische Agenda, die maximal noch von einer Minderheit in diesem Land unterstützt wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Franz-Robert Liskow (CDU)

■ Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE:

„Jeder hat ein Recht auf Leben“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg/-innen! Jeder hat ein „Recht auf Leben“, auf „Freiheit und Sicherheit der Person“. So lautet Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, beschlossen von den Vereinten Nationen im Dezember 1948.

(Thore Stein, AfD: Steht da auch da drin, dass das nur für Deutschland gilt?)

Seit Jahren versuchen europäische Regierungen, Grenzkontrollen zu installieren, um den Zustrom von Menschen nach Europa zu begrenzen, zu unterbinden oder nach ihrem Verständnis im besten Fall zu stoppen, und das auch unter Einsatz des Militärs. Unter dem Druck von Rechtspopulisten werden strengere Kontrollen mit dem Ziel durchgeführt, Menschen, die Opfer von Verfolgungen, von Bürgerkriegen, Klimawandel, Unterdrückung und jeglicher Form von sexualisierter Gewalt sind, abzuhalten, Europa und damit Schutz zu erreichen. In den vergangenen 30 Jahren sind mehr als 51.300 Menschen bei ihrer Flucht nach Europa



Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE

durch die europäische Abschottungspolitik ums Leben gekommen. Menschenrechte gelten offenbar nicht für alle Menschen gleichermaßen. Die Asylpolitik der EU ist offenbar in einer Sackgasse angekommen.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Ich erlaube mir einen kurzen Erfahrungsbericht: „Es ist Samstag, der 2. September, die ‚Mare*Go‘, ein ziviles Seenotrettungsschiff aus Mecklenburg-Vorpommern, legt am Vormittag in Licata, Sizilien, ab und ist nach intensiven Tagen des Trainings mit ihrer 7-köpfigen Crew unterwegs ins zentrale Mittelmeer, um ihren 5. Einsatz zwischen Lampedusa und Tunesien durchzuführen. [...] Es ist der Morgen des 4. Septembers, uns erreicht ein Hilfesuch der ‚Nadir‘, das weitere Rettungsschiff der zivilen Flotte, welches aktuell im Einsatz ist. Gemeinsam stabilisieren wir ein kleines, völlig überfülltes, seeuntaugliches Eisenboot, mit 46 Menschen an Bord, welches von Tunesien nach Lampedusa unterwegs ist. Die ‚Nadir‘ wird das Boot in den kommenden Stunden in der Hoffnung begleiten, die Menschen an die italienische Küstenwache übergeben zu können.

Nur kurze Zeit später erreichen uns neue Koordinaten eines sich in Seenot befindlichen Bootes.

Es wird ein kleines Holzboot sein. Wir verteilen Schwimmwesten und Wasser und erleben das „Auf-Zeit-Spielen“ der italienischen Behörden. Fast 6 Stunden später können wir endlich die Menschen an die italienische Küstenwache übergeben. Das Wetter wird zusehends rauer. Uns erreicht erneut ein Hilfesuch der ‚Nadir‘. Wir treffen auf zwei Boote mit 85 Menschen an Bord, darunter mehrere Babys und Frauen. Mit zunehmendem Wind und Wellen dringt Wasser in die Boote ein. Und als die Schiffe der italienischen Küstenwache eintreffen, sinkt eines der Boote während der Rettung und innerhalb von Sekunden befinden sich ein Dutzend Menschen im Wasser.

Am Horizont sehen wir drei weitere Boote. Zwei von ihnen werden leer sein, eines überfüllt“

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

„und mit dankbaren Menschen, als wir uns ihrer Rettung näherten.

Das ist die Realität im Mittelmeer.“

[...] Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn Menschenrechte und Menschlichkeit im Mittelmeer sterben. Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn schmutzige Deals mit Autokraten geschlossen werden. Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn sich EU-Mitgliedsstaaten gegen eine solidarische Verteilung von Schutzsuchenden stellen. Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn die EU-Kommissionspräsidentin die Ausweitung von Marineeinsätzen im Mittelmeer ausloten möchte. Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn Menschen anstatt Fluchtursachen bekämpft werden. Asylpolitik ist in der Sackgasse, wenn Rechtspopulisten Ängste schüren und mit ihrem Hass und ihrer Hetze die Gesellschaft spalten [...]

■ René Domke, FDP:

„Die Kommunen vor Ort müssen gestärkt werden.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...]„Asylpolitik in der Sackgasse“ [...], ist das denn so [...]?

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Es gibt mehr zwischen gar keiner Einwanderung und offenen Grenzen [...]. [...] Wir wissen, wir müssen auf geregelte Einwanderung, und zwar Arbeitseinwanderung setzen. [...]

(Julian Barlen, SPD: Daran arbeiten wir ja auch in der Ampel.)

[...] wir haben es ja schon gehört, es soll nach einem Punktesystem funktionieren, wie in Kanada, Australien, Neuseeland.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

[...] Das steht in der Koalitionsvereinbarung [...].

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wann machen wir denn die Schritte vor?)

Da müssen dann SPD und GRÜNE sich auch [...] der Verantwortung stellen, [...] wir brauchen ein Konzept für Arbeitsmigration, [...] ein Punktesystem [...].

(Torsten Renz, CDU: Alternativlosigkeit.)

Das Zweite hat was mit humanistischer Bildung zu tun und auch mit der humanitären Verpflichtung, die wir haben gegenüber Schutzbedürftigen, aber eben auch nur gegenüber Schutzbedürftigen. [...]

(Zuruf aus dem Plenum: Genau.)

ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss endlich kommen [...], aber [...] das ist weiß Gott nicht alles.

Es wurde das Chancenaufenthaltsrecht geschaffen, damit eben genau nicht die von einer Rückführung betroffen werden, die sich erfolgreich integriert haben,

(Julian Barlen, SPD: Ganz genau.)

denn das ist ja das Absurde,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

dass wir teilweise Leute zurückführen, die inzwischen hier Steuern zahlen, [...] Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die wollen wir ja gerade nicht zurückführen, weil genau die brauchen wir,

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

die beteiligen sich am Aufbau unserer Gesellschaft.

(Julian Barlen, SPD: Jo.)

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie regieren doch! Weiterhin!)

umgekehrt macht es für uns aber eben auch einen Unterschied,

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD: Er redet ja auch über das Landesgesetz, Sie Schlaumeier!)

[...], dass es [...] Leute gibt, die sich [...] nicht um Arbeit [...],
(Julian Barlen, SPD: Bisschen zuhören! – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] um Sprachkenntnisse [...], um Integration bemühen. Und auch die müssen wir ansprechen. Da müssen wir sagen, es gibt zwei Wege: Du bringst dich ein in diese Gesellschaft,



v.l.n.r.: Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD.

oder aber [...], wenn du keine Bleibeperspektive hast, musst du wieder zurück. Und da müssen wir [...] konsequenter werden

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr gut!)

und müssen es auch [...] deutlich aussprechen dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Die FDP hat dazu auch einen Antrag eingebracht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] Abgelehnt worden! Die Kommunen vor Ort müssen gestärkt werden, die Ausländerbehörden müssen gestärkt werden, personell, materiell.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wir brauchen eine zentrale Ausländerbehörde. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass viele Verfahren aus formalen Gründen scheitern. Das ist vermeidbar, haben wir hier vorgetragen. Abgelehnt worden! Verlorene Verfahren können wir uns nicht mehr leisten.

Dann [...] Ausreisegewahrsam,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie können nicht mal das Wort aussprechen.)

[...] sollte auf 28 Tage endlich [...] angehoben werden. Auch das ist wichtig, damit eine Rückführung auch wirklich durchgeführt werden kann. Erstaufnahmeeinrichtungen haben wir auch schon angesprochen. Warum machen wir es nicht wie Brandenburg und verlängern den Aufenthalt auf 18 Monate?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Warum machen wir es nicht wie Dänemark?)

[...] Wir haben auch für Gefährder und Straftäter eine einheitliche Strategie gefordert, ein Register, weil es kein Tabuthema sein kann. Abgelehnt worden!

[...] die Bürger erwarten rechtsstaatliche Lösungen, und ich glaube, dass Arbeitsmigration und Ordnung auch in den Asylverfahren möglich sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die erwarten von Ihnen gar nichts mehr.)

[...] Wir müssen Lösungen bieten.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

[...] Wir werden nicht müde werden, weiter unsere Ideen einzubringen. [...]

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Geschlossene Grenzen wirkten destruktiv in die Gesellschaft zurück.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Ich möchte Ihnen von einer syrischen Mittelstandsfamilie erzählen, die 2012 ihr Zuhause in Damaskus verließ,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

um dem Schrecken des Bürgerkriegs zu entkommen.

Abdullah und Rehanna flohen mit ihren Söhnen Ghalib und Alan Kurdi nach [...] Ain al-Arab. Abdullah, der Familienvater, traf die schwere Entscheidung, allein in die Türkei zu gehen, um Arbeit zu finden und seiner Familie eine Zukunft zu sichern. [...] Dann begann die Bombardierung von Kobanê und der Vater holte seine Familie in die Türkei [...]. Die Familie fand sich in einem Lager für Geflüchtete wieder, ohne echte Perspektive auf eine bessere Zukunft. [...]

Mit jedem Tag [...] wurde die Lage aussichtsloser. Schließlich traf die Familie eine schwerwiegende Entscheidung: Sie würde die gefährliche Reise über das Mittelmeer wagen, um die griechische Insel Kos zu erreichen. [...] Das viel zu kleine Schlauchboot kenterte [...]. Von der Familie Kurdi überlebte nur der Vater. Die Körper seiner Frau und seiner Kinder wurden Tage später an die türkische Küste gespült. Das Bild des noch nicht einmal drei Jahre alten Allan Kurdi, leblos im Sand liegend, ging damals um die Welt.

Wir dürften der Wirkung solcher Bilder [...] nicht nachgeben, sagte der damalige sozialdemokratische Außenminister Heiko Maas in einem Interview [...]. Kurz danach forderte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, wir müssten das aushalten. Stellvertretend für viele andere gewählte Politiker/-innen [...] hätten Maas und Kretschmer nichts weniger als eine Gesellschaft gefordert, für die Tod und Elend an



Foto: Uwe Sinnecker

Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) während ihres Redebeitrages

den Grenzen kein Grund zur Aufregung sei, schreiben die Politikwissenschaftler Volker Heins und Frank Wolff [...].

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Oft werde so getan, als schützten Mauern eine Gesellschaft, die unberührt bleibe von den Grenzen, die sie umgeben. [...] In Wirklichkeit verkümmere die Gesellschaft, [...] wenn sie sich radikal nach außen abgrenze. [...] Geschlossene Grenzen wirkten destruktiv in die Gesellschaft zurück. Diese werde zur Akzeptanz von Gewalt und Ausschluss erzogen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Als wollte die Realität den beiden Politikwissenschaftlern recht geben, wurden Mitte Juni Vorwürfe laut, der vor Griechenland gesunkene Fischkutter, der mit über 500 Menschen an Bord von Libyen aufgebrochen war, sei von der griechischen Küstenwache versenkt worden. [...] Auch wenn es sich möglicherweise nicht belegen lässt, dass diese Patrouille [...] den Kutter versenkt hat: Wer Menschen, die sich in Seenot befinden, ihrem Schicksal überlässt, der begeht nicht nur nach deutschem Recht eine unterlassene Hilfeleistung, sondern auch nach griechischem.

Das ist ein Beispiel dafür, was gemeint ist, wenn [...] Heinz und Wolff schreiben, die Gewalt an der Grenze [...] korrumpiere die Gesellschaft, indem sie zum einen die Institution des

Rechtsstaats [...] beschädige und zum anderen eine Verrohung der zivilen Alltagsmoral durch die kollektive Gewöhnung an Grausamkeit und Rechtsbrüche fördere.

(Petra Federau, AfD: Ja, Marienplatz.)

Der Forderung nach geschlossenen Grenzen setzen die beiden Politikwissenschaftler die Idee einer Demokratisierung der Grenzen [...] entgegen,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ach,
Sie wollen Staaten abschaffen!)*

die Grenzgestaltung nicht nur als staatliche, sondern auch gesellschaftliche Aufgabe begreift. Vielen von Ihnen wird das idealistisch erscheinen oder sogar abwegig. Angesichts der massiven Rechtsverstöße an den europäischen Außengrenzen kann uns dieser Vorschlag aber helfen, Asylpolitik neu zu denken. Ich wollte ihn daher in die heutige Debatte mit einbringen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ Julian Barlen, SPD:

„Man kann dieses Thema „Asyl und Migration“ nicht [...] mit [...] einer Rückbesinnung auf dunkle Schlagbaumzeiten [...] lösen.“

Fotos: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Damen und Herren [...] wir haben hier schon im März, übrigens als einzige politische Kraft dieses Landes,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wenn man mal seine Meinung sagt, dann ist man gleich Rassist.)

als Koalition von SPD und DIE LINKE, mit unserem 32 Punkte umfassenden Antrag „Geflüchteten Schutz bieten – Kommunen unterstützen“ einen 360-Grad-Blick auf diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung geworfen.

[...] Der Antrag 8/1946(neu) hat diese ganzen konkreten Maßnahmen benannt. Es geht vom seriellen Bauen bei der Unterbringung über die absolute Notwendigkeit der Beschleunigung von Verfahren, auch Verbesserungen im Verwaltungshandeln. Wir haben da die Finger auch in die Wunde gelegt, wo Dinge nicht funktionieren,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das spüren die Bürger nicht.)

damit eine echte Integration [...] genauso funktioniert wie die konsequente Rückführung derer,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Gehen Sie da mal hin ins Mueßer Holz!)

die Abschiebung derer, die keine Bleibeperspektive haben, die hier schwerststraffällig geworden sind.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

All das benennen wir bis hin zu der handhabbaren Größe von Unterbringung in den einzelnen Kommunen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

[...] Man kann dieses Thema „Asyl und Migration“ nicht, wie die AfD es macht, mit [...] einer Rückbesinnung auf dunkle Schlagbaumzeiten oder die von Herrn Tadsen offensichtlich hochgeschätzten postfaschistischen Ansätze in Italien lösen. Das wird nicht funktionieren.

[...] Ihr Fraktionsvorsitzender hat bei Minute eins Ihrer Rede mit dem Telefon in der Hand hier die Flucht ergriffen, ist nicht wiedergekommen, hat sich irgendwo im Haus verschanz.

(Zurufe von Enrico Schult, AfD, und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wahrscheinlich hatte er Angst davor,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

dass hier mal angesprochen wird, was er auf Twitter, heute X genannt, betreibt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD – Glocke der Präsidentin)

Da teilt der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion hier im Landtag, meine Damen und Herren, das müssen Sie sich mal vorstellen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion AfD)

in der Vorwoche einer Aktuellen Stunde, die die AfD-Fraktion hier anmeldet, zum Thema „Asyl und Flucht“ einen Beitrag eines offenkundigen Fake-Accounts, der Bilder aus einem humanitären Lager des Deutschen Roten Kreuzes irgendwo auf der Welt – wie immer nicht zu erkennen, wo – zeigt,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Leugnen Sie den Migrationsdruck in Afrika? Leugnen Sie das?!)

wo geflüchtete Menschen sind, der denen dann in diesem Beitrag abspricht, Geflüchtete zu sein, sagt, Zitat: „Das sind keine Flüchtlinge, das ist eine Armee. Denkt an eure Kinder! Wenn diese Armee in eure Dörfer einrückt, was ist dann los?“ [...] Übrigens, Twitter oder X hat diesen Beitrag inzwischen aufgrund des Verstoßes gegen geltendes Recht gelöscht. Das hat Herr Kramer offensichtlich noch nicht mitgekriegt. Sein geteilter Beitrag mit dem Hinweis verstößt gegen geltendes Recht, ist immer noch online. Wir haben entsprechende Screenshots gefertigt. Wissen Sie, Sie wollen auf diese schlimme Weltlage mit Volksverhetzung, mit Hass und Hetze reagieren. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren! [...] Ich bedanke mich bei [...] allen Menschen im Land,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

die dieser Gesamtherausforderung sich stellen, jeden Tag aufs Neue, auch wenn es schwer ist, und die sich nicht in einfache, billige Parolen [...]. Das wird nämlich nicht gelingen. – Herzlichen Dank!

Das deutsche Tor zur Ostsee

Ausbau der Zusammenarbeit mit demokratischen Ostseeanrainern

■ Die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist ein in der Landesverfassung festgeschriebenes Staatsziel. Es wird durch langjährig gewachsene Partnerschaften und Kooperationen von den Menschen mit Leben erfüllt. Auf die „veränderten politischen Rahmenbedingungen“ reagierend, berief die Landesregierung im Juni 2022 den „MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ ein. Das Gremium legte im Mai 2023 Handlungsempfehlungen für die neue Ostseestrategie des Landes vor.

SPD und DIE LINKE nahmen dies zum Anlass, der Landesregierung die Strategieschwerpunkte mit auf den Weg zu geben. Das Selbstverständnis des Landes als deutsches Tor zur Ostsee müsse sich in der Nutzung des enormen Entwicklungspotenzials der Ostseeanrainer niederschlagen. Durch Impulse für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, eine saubere Umwelt sowie kulturelle und zivilgesellschaftliche Verständigung solle sich die Ostsee zu einer zukunftsfähigen und friedlichen Modellregion weiterentwickeln.

Die Bewältigung des Klimawandels, die Sicherung des Wohlstands sowie der demokratischen Teilhabe seien die Herausforderungen der Zukunft im Ostseeraum, listete **Nadine Julitz** (SPD) auf. „Gemeinsam können wir die Einzigartigkeit unserer starken Ostseeregion zum Positiven gestalten“ und sie unter „veränderten politischen Rahmenbedingungen“ kontinuierlich zusammenwachsen lassen. Die Handlungsempfehlungen dazu, so die Abgeordnete, seien vom „MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ erarbeitet worden und dienen nun als Grundlage für die Ostseestrategie des Landes. Sie verwies auf den schon bestehenden intensiven Austausch in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dabei sei ihr wichtig, dass „die verbindenden Elemente“

auch auf dem Lande, „außerhalb der Küste“ zum Tragen kämen.

Die SPD „brenne für den demokratischen Ostseeraum“ und lade darum zur Mitgestaltung der Strategie ein.

Die Landesregierung begrüße den Antrag ausdrücklich, hob die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten **Bettina Martin** (SPD) hervor.

Das Engagement für „gute Nachbarschaft im Ostseeraum“ habe in MV „Tradition“. Denn unser Land, mitten in Europa gelegen, sei fest in der EU und mit der Ostsee verankert. „Mecklenburg-Vorpommern ist das deutsche Tor zur Ostsee“ – eine „privilegierte Position“, unterstrich die Ministerin. Das verpflichte zur aktiven Zusammenarbeit in einer der

wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Regionen der Welt. Die vom „MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ erarbeiteten sehr guten und sehr konkreten Empfehlungen bildeten „eine hervorragende Grundlage [...] nun ressortübergreifend eine Ostseestrategie [...] zu entwickeln“. Der Kooperationsrat wird diesen Prozess beratend begleiten und die Einbindung der verschiedenen Stakeholder sicherstellen.

Wie ein „Mantra“ werde im Antrag „der Begriff demokratischer Ostseeraum strapaziert“, merkte **Jens-Holger Schneider** (AfD) an. Es würde „suggeriert“, dass die Entwicklung des Ostseeraums nur bei gleicher Umsetzung in allen Ländern gelingen könne.

Handlungsempfehlungen des „MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“

3 Ziele

1. Frieden, Demokratie und Teilhabe
2. Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie Umstieg auf erneuerbare Energien
3. Zukunftsfähigkeit, Wohlstand und Gesundheit

3 strategische Handlungsfelder

- **Teilhabe sichern** (Rahmenbedingungen für die Kooperation verbessern)
- **Brücken bauen** (Brücken bauen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen)
- **Region stärken** (Nachhaltigkeit, Innovation und Wertschöpfung durch die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft generieren)

5 Handlungsempfehlungen zu:

Teilhabe sichern

1. Prioritäten setzen und Potentiale gezielt erschließen
2. Sichtbarkeit erhöhen
3. Anknüpfungspunkte nutzen, neue Formate schaffen
4. Vernetzt handeln
5. Profil des Ostseeraums als EU-Modellregion schärfen

5 Handlungsempfehlungen zu:

Brücken bauen

1. Gemeinsame Geschichte, Kultur, Kunst und Landschaft hervorheben
2. Grenzübergreifende schulische Zusammenarbeit ausbauen
3. Sportbegegnungen stärken
4. Eine Kultur des Austausches etablieren
5. Jugendbegegnungen ausbauen

6 Handlungsempfehlungen zu:

Region stärken

1. Infrastrukturentwicklung grenzübergreifend beschleunigen
2. Kooperation bei Erneuerbaren Energien ausbauen
3. Zusammenarbeit in der Gesundheitswirtschaft nutzen
4. Attraktivität als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Wissenschaftsstandort steigern
5. Fachkräftesicherung ganzheitlich angehen
6. Innovationen, Digitalisierung und Gründungen fördern

Quelle: https://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1660209

Auch die AfD wolle eine Perspektive „für den gemeinsamen Lebensraum Ostsee“ und setze auf „die großen gemeinsamen Schnittmengen von Traditionen“. Der Antrag sei jedoch „beseelt von einer großen Politikromantik“. Nüchtern betrachtet, hätten die Ostseeländer unterschiedliche politische Schwerpunkte, wie zum Beispiel in der Energiepolitik. Die AfD respektiere, wenn Anrainer „völlig andere Wege gehen“, versicherte der Abgeordnete.

Begrüßenswert wäre daher, würde die Regierungskoalition „mehr das Machbare und weniger das Ideologische in den Fokus [...] stellen“.

Somit lehne die AfD den Antrag und Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab und werde sich zum CDU-Änderungsantrag enthalten.

Wieso eigentlich dieser Antrag, wandte sich **Katy Hoffmeister** (CDU) an SPD und DIE LINKE. Sie dachte, die Regierung arbeite seit der Übergabe der Handlungsempfehlungen längst an der Ostseestrategie. Diesem „sehr stark Ministeriums-luft atmenden Antrag“ fehle komplett das Selbstverständnis des Parlaments. Er enthalte keine Termine oder Einbindung der Ausschüsse. Die CDU wolle beides und habe darum im Änderungsantrag Fristen, Kernaussagen und Verbindlichkeiten formuliert. Nur so mache das Anliegen der Regierungskoalition, das die CDU grundsätzlich unterstütze, Sinn. MV liege an der Ostsee, mitten in Europa, umgeben von Freunden, Handelspartnern. „Wir haben, verkürzt gesagt, alle dasselbe Interesse“, verdeutlichte die Abgeordnete, nämlich, die Ostsee wirtschaftlich zu nutzen und gleichzeitig zu hegen. Nur zwei Bundesländer grenzten an die Ostsee. „Insoweit eine Besonderheit und Besonderheiten sollte man für sich nutzen“, ergänzte Katy Hoffmeister.

Seine Fraktion begrüße sehr die Neuaufrichtung der Partnerschaften des Landes, hin zu einer „demokratischen Nachbarschaft“, erklärte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Zu lange habe sich das Land auf die „vermeintlichen Vorteile der eigenen Region“ konzentriert – allerdings auf Kosten unserer Nachbarn. Es werde dauern, bis verloren gegangenes Vertrauen wieder aufgebaut sei. Daher gelte es jetzt vor allem „ins Gespräch zu kommen“. Neben einem Dialogformat müsse der Fokus auf

einer Zusammenarbeit in der Energiepolitik liegen. Hinsichtlich kommunaler Wärmeplanung, Wärmepumpen oder erneuerbarer Energien könne man noch viel von unseren Nachbarn im Ostseeraum lernen. Ebenso könnte das Land bei Großprojekten gemeinsam mit anderen Ostseeanrainern in den Bau von Offshore-Windparks oder ein grenzüberschreitendes Stromnetz investieren. Seine Fraktion erwarte, diese Themen in der Ostseestrategie wiederzufinden.

„Wasser trennt nicht, es verbindet“, war die Ansicht von **Christian Albrecht** (DIE LINKE). MV habe als Ostseeanrainer ein großes Interesse, den gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum Ostsee zu erhalten. Das könne keine Region als „Einzelkämpfer“ bewältigen. Potenziale der Zusammenarbeit sehe DIE LINKE bei den regenerativen Energien, im Tourismus, und im Wissenschaftsaustausch. „Wir reden über Formate, die Akteure der verschiedenen Bereiche aus Sport, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenführen“, konkretisierte der Abgeordnete. Wichtig sei, international zusammenzuarbeiten und „in den zentralen Fragen an einem Strang [zu] ziehen“. Natürlich müsse man auf verschiedene Interessen und Ansätze eingehen, entgegnete der Abgeordnete der AfD.

Der CDU teilte Christian Albrecht mit, er könne keinen „Mehrwert“ in deren Änderungsantrag erkennen, da der Ursprungsantrag die Forderungen abdeckt.

„Die Moskau-Begeisterung der Ministerpräsidentin ist dahin“, stellte **Sabine Enseleit** (FDP) fest. Es stünde nun „der sogenannte demokratische Ostseeraum“ im Fokus, dessen Zukunfts- und Entwicklungspotenzial noch besser genutzt werden solle. „Doch braucht es wirklich eine weitere Strategie oder können die Ministerien nicht auch ohne anfangen zu arbeiten“, zweifelte die Politikerin. Eher ginge es um „konkrete Ideen und keine weiteren Broschüren mit wohlklingenden Worten“. Die Förderung von Schulpartnerschaften und der Lern- und Studienaustausch von Schülern seien zwei Empfehlungen des Kooperationsrates gewesen, die das Bildungsministerium schon im Haushalt hätte berücksichtigen können.

Die FDP sei „grundsätzlich für einen Ausbau der Zusammenarbeit im Ostsee-

raum“, sehe aber „die Gefahr eines weiteren Papiertigers“. Auch die Änderungsanträge von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien ihrer Fraktion zu unverbindlich. Darum enthalte sie sich.

Nadine Julitz (SPD) dankte für die Debatte. Sie entkräftete den Vorwurf, die SPD habe andere Ostseeländer zugunsten Russlands vernachlässigt. Richtig hingegen sei, dass jetzt ein anderer Schwerpunkt gesetzt wurde.

Die Forderung im Änderungsantrag der CDU, weitere Akteure einzubinden, sah sie durch die vom Kooperationsrat involvierten Einrichtungen erfüllt. Der Forderung zur Berichterstattung im Ausschuss kann jederzeit nachgekommen werden. Dafür brauche es keinen Änderungsantrag.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auf die Absicherung der Energieversorgung durch erneuerbare Energieziele, negiere die wichtige Rolle des Ölhafens Rostock und des LNG-Standorts Lubmin. Die SPD stehe zur Verantwortung für die Energiesicherheit in Deutschland und lehne das Anliegen ab.

Die CDU und FDP enthielten sich in der Abstimmung zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antragsteller stimmte zu. Durch die Ablehnung aller anderen Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten wurde der Antrag verworfen.

Für den Änderungsantrag der CDU stimmten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ein Teil der CDU-Fraktion, während ein Teil der CDU keine Stimme abgab. Durch die Enthaltung der FDP und das Nein von SPD, DIE LINKE, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten wurde der Antrag abgelehnt.

Dem Antrag von SPD und DIE LINKE stimmten außer die Antragsteller auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Die FDP und CDU enthielten sich, die AfD und die fraktionslose Abgeordnete votierten dagegen.

Antrag SPD, DIE LINKE

Drucksache 8/2601

hierzu

Änderungsantrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/2641

Änderungsantrag CDU

Drucksache 8/2649

Debatte zu MV-Wirtschaft

Unterschiedliche Einschätzungen zum Zustand

■ Dass Regierungen und Oppositionen in ihren Einschätzungen verschiedener Gegebenheiten unterschiedlicher Meinungen sind, liegt in der Natur der Sache. Doch bei der von der SPD-Fraktion beantragten Aussprache zur wirtschaftlichen Situation zeigten sich doch teils erhebliche Unterschiede in den Auffassungen.

„Die Stimmung ist schlechter als die Lage.“ Mit diesen Worten eröffnete der SPD-Abgeordnete **Christian Winter** die von seiner Fraktion beantragte Aussprache: „Mecklenburg-Vorpommern – Land zum Leben. Starke Wirtschaft, gute Arbeit, für die Zukunft gewappnet.“ Obwohl die aktuellen konjunkturellen Achterbahnfahrten auch im Land ihren Niederschlag hätten, gebe es mit Blick auf das große Ganze wenig Grund zu Verdross. Indizien dafür seien beispielsweise, dass MV bei der Betrachtung der Investitionsquote und des Wachstums der Ausgaben für Forschung und Entwick-

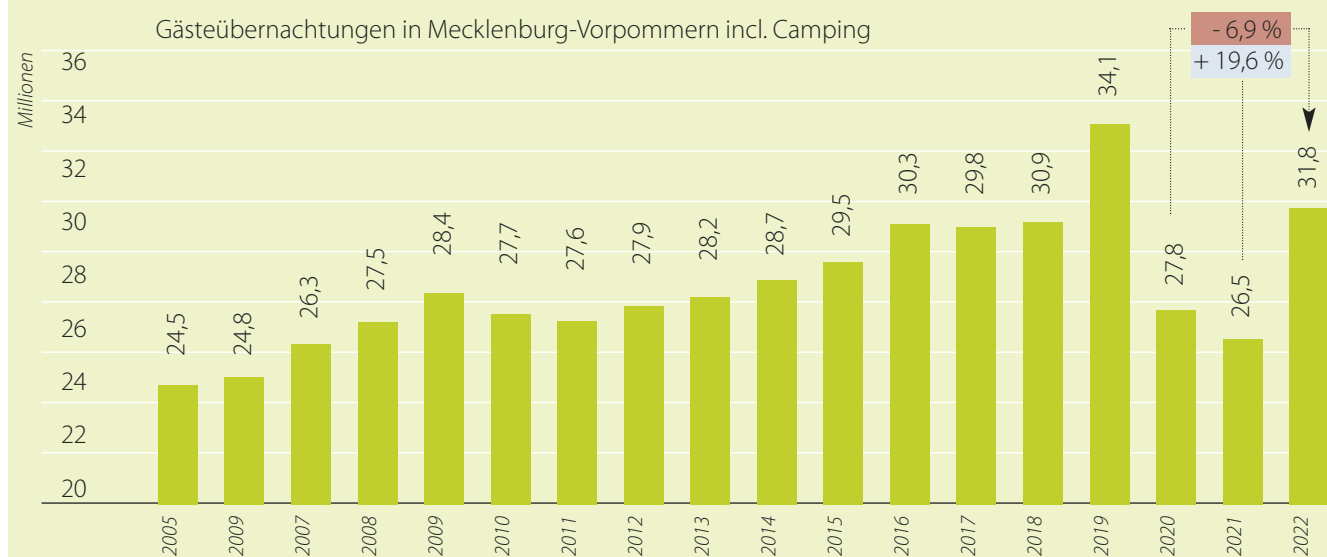
lung zu den Spitzenreitern der Bundesländer gehöre. Auch gebe es inzwischen stabile Zuwanderungszahlen, der Wanderungssaldo sei im positiven vierstelligen Bereich. Es gebe zudem „nennenswerte Erwerbspersonen-Potenziale bei den Beschäftigungslosen“. Winter hob zudem die Kinderbetreuung, Schulen und freie Wohnungen hervor. „Jetzt machen wir uns ans Werk, um die politischen Maßnahmen zur Nutzung dieser Potenziale umzusetzen“, sagte Winter. Dabei gehe es unter anderem um die Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. So könnten künftig in Rostock Offshore-Windplattformen gebaut werden. MV werde als Kreativitätsraum für die industrielle Transformation geöffnet.

Martin Schmidt (AfD) bezeichnete die Einlassungen Winters als Tagträumerei. „Ihre Regierung hat keine Ahnung und bringt auch keinerlei Lebensqualität für die Bürger. Im Gegenteil: Die Leute haben es satt, Ihre Märchen und themenspezifischen Standardphrasen zu hören“, sagte Schmidt in Richtung des SPD-Abgeordneten Winter. Den Werften gehe es nicht gut und der Tourismus habe weiterhin die Gästezahlen der Vor-Corona-Zeit nicht erreicht. Großkonzerne erteilten dem Land Absagen, wenn es um Ansiedlungen gehe. „Die kleinen und mittelständischen Betriebe leiden unter

den fast höchsten Energiekosten der Welt“, sagte Schmidt. In vielen wirtschaftsrelevanten Vergleichen wie etwa dem Bruttoinlandsprodukt oder den Bruttolöhnen sei MV entweder das Schlusslicht oder liege im hinteren Mittelfeld. Der AfD-Abgeordnete forderte eine Senkung der Energiepreise, gleichzeitig müsse wieder in Kernkraftwerke investiert werden. Zudem müsse dringend in der Abgabepolitik umgedacht werden.

„Wirtschaft ist viel Psychologie und die Wirtschaftslage ist nicht einfach“, betonte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Aber es sei wichtig zu differenzieren. So gebe es eine hohe Inflation und die Energiepreise seien gestiegen. Die Konjunktur sei nicht stabil und viele Unternehmen hätten die Folgen der Corona-Krise noch nicht bewältigt. Gleichzeitig bekomme er von den Firmen die Signale, dass die Auftragsbücher voll seien und sie sich auf den Märkten gut bewegen könnten. „Das stimmt mich schon optimistisch.“ Die Zukunft von MV liege in der Tradition und der Moderne, sagte Meyer. So gebe es in den Bereichen der Life Sciences und der Medizintechnik viele Startup-Unternehmen und sogenannte Hidden Champions. Dies sind oftmals weitgehend unbekannte Marktführer. Gleichzeitig gebe es bei den Werften nach der Insolvenz der MV-

Tourismusjahr 2022 Zweitbestes Tourismusjahr in MV



Grafik: Uwe Sinnecker

Werften-Gruppe eine positive Entwicklung. Es sei gelungen, neue Strukturen aufzubauen. Der Minister erklärte, dass das Land weiter in die Forschung investieren werde. „Denn Forschung und Entwicklung – das ist die Zukunft in unserem Land.“

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** (CDU) bezeichnete die von Winter geäußerte Einschätzung der Wirtschaft in MV als „völlig entrückt von der Realität“. Überall werde über die Kosten- und Steuerbelastung, die planlose Energiestrategie oder Bürokratie und Fachkräftemangel geklagt. Die SPD-Einschätzung sei reines Wunschdenken und der Versuch einer Autosuggestion. „Gehen Sie selbstkritisch in sich“, empfahl Waldmüller der rot-roten Regierungskoalition. So steige die Zahl der Arbeitslosen, gleichzeitig sinke die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Waldmüller fügte hinzu, dass Ansiedlungen von Großunternehmen gescheitert seien. „Stattdessen setzen Sie auf weitere Regulierungswut.“ Das neue Tariftreuegesetz bezeichnete der CDU-Politiker als Regelungswahnsinn. Er kritisierte auch das Bürgergeld, das Fehlanreize setze. Der Negativtrend auf dem Arbeitsmarkt werde sich weiter verstetigen. Es gebe zwar tatsächlich Branchen in diesem Land, die gut funktionierten, sagte Waldmüller. „Das alles aber nicht wegen Rot-Rot, sondern trotz Rot-Rot.“

Dagegen betonte **Torsten Koplín** (DIE LINKE): „MV ist ein Land zum Leben, MV hat eine starke Wirtschaft, hier gibt es gute Arbeit, wir sind für die Zukunft gewappnet.“ MV hat sich seiner Meinung nach gut entwickelt. „Wir haben soziale

und bildungspolitische Errungenschaften, um die uns andere beneiden.“ Die Wirtschaft sei robust und krisenfest. „Wir haben das Unsere dazu getan, diese robuste Entwicklung zu flankieren.“ Koplín hob auch die Wissenschaftsstandorte hervor, die für die Zukunft des Landes sorgten. Er warf der Opposition Schwarzmalerei und Miesepetrigkeit vor. Die rot-rote Landesregierung werde sich nun um eine Fachkräftestrategie kümmern und sich für Unternehmen einsetzen, die gute Löhne zahlen, sagte Koplín. Auch werde ein Vergabegesetz auf den Weg gebracht, bei dem insbesondere kleinere, tarifgebundene Unternehmen den Vorzug erhielten. Rot-Rot werde sich auch für mehr Mitbestimmung in den Betrieben einsetzen. „Frauen für ihre krasse Leistung in dieser Gesellschaft danken, das macht Rot-Rot mit dem Frauentag, der nun Feiertag ist.“

Das Land zu führen bedeute, die Zukunft in den Blick zu nehmen und zu gestalten, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Langsam, aber sicher habe die Landesregierung erkannt, dass der Klimaschutz als das große Zukunftsthema auch Chancen für MV biete. Wegner verwies auf die US-Wirtschaft, wo Unmengen an Kapital in den Klimaschutz und in die Dekarbonisierung investiert werden. „MV darf nicht den Anschluss verlieren.“ MV habe beste Voraussetzungen, die Transformation der Wirtschaft zu gestalten. Allerdings habe es bei der Umsetzung, weil die Landesregierung in der Vergangenheit zu viel Zeit verloren habe, sagte Wegner. Zudem habe vor rund zehn Jahren die von der CDU und FDP geführte Bundesregierung die Energiewende ausgebremst.

„Über 100 000 Arbeitsplätze sind damals verlorengegangen.“ Die Nachwirkungen davon seien heute noch zu spüren. Dennoch gebe es gute Beispiele wie die Planung eines Wasserstoff-Standortes in Wismar oder den Ausbau von Siemens-Niederlassungen in MV. Auch könne sich nun der belgische Hersteller von Umspannplattformen Smulders in Rostock niederlassen. „Hunderte neue Arbeitsplätze werden in einer der wichtigsten Zukunftsindustrien entstehen.“

Auch **Sandy van Baal** (FDP) konstatierte, dass die Stimmung im Land schlecht sei. Deshalb müssten faire Rahmenbedingungen geschaffen werden. „Regulierungswut, Verordnungen und ein Tariftreuegesetz sind dabei nicht hilfreich.“ Die FDP habe sich immer für eine starke Wirtschaft eingesetzt, weniger Staat, mehr Markt. Sie glaube an den Wettbewerb und die Kraft der Innovation. „Wir setzen uns für eine Arbeitsmarktpolitik ein, die auf Flexibilität, Qualifikation und Chancengleichheit setzt.“ Jeder solle die Chance haben, seine Fähigkeiten zu nutzen und sich weiterzuentwickeln. „Aber wir müssen für die Zukunft gewappnet sein.“ Die Welt verändere sich rasant, die Digitalisierung, die Globalisierung oder der Klimawandel stellten die Gesellschaft vor große Herausforderungen. „Aber sie bieten auch Chancen.“ Es müsse in Bildung und Forschung investiert werden, um Innovation zu fördern und neue Technologien zu entwickeln. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müsse die Infrastruktur modernisiert und digitalisiert werden. „Wir müssen unsere Arbeitswelt flexibler und familienfreundlicher gestalten, um allen Menschen faire Arbeitsbedingungen zu bieten.“

Künstliche Intelligenz an Schulen

Lehrkräfte in MV sollen KI erproben

■ Die künstliche Intelligenz (KI) wird nach Experteneinschätzung in den kommenden Jahren einen großen Raum im gesellschaftlichen Leben und damit auch in den Schulen ein-

nehmen. Doch es gibt Vorbehalte gegenüber dieser Technik. Dies führt nach Ansicht der FDP-Fraktion dazu, dass es gerade in den Schulen einen massiven Aufholbedarf gibt.

Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, die Digitalisierung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) an den Schulen des Landes massiv voranzutreiben. „KI hat in allen Bereichen ein enormes Potenzial: In der Verwaltung, in der Medizin und auch im Bildungsbereich gibt es schon jetzt vielversprechende KI-Lösungen, die Prozesse vereinfachen und den Fortschritt voranbringen können“, sagte **Sabine Enseleit** (FDP). „Wir müssen uns den Herausforderungen der digitalen Entwicklung stellen und sie aktiv angehen“, sagte sie bei der

Vorstellung eines Drei-Säulen-Modells. So sollen neue KI-Werkzeuge (Tools) von den Lehrkräften ausprobiert werden. Sie erhielten dabei Unterstützung von Experten, so dass die Lehrer nicht gleichzeitig damit experimentieren müssten. Denkbar seien dabei auch KI-unterstützte Schulbücher, die erkennen, ob die Schüler dem Stoff folgen können, betonte die FDP-Politikerin. KI könne auch Teile der Unterrichtsvorbereitung oder Verwaltungsaufgaben wie die Erstellung von Vertretungsplänen übernehmen. Die Lehrer könnten darüber hinaus durch die KI von Leistungskontrollen entlastet werden. In der zweiten Säule sollten Schüler aktiv einbezogen werden. Sie könnten in geschützten Räumen mit KI experimentieren und dabei deren Grenzen austesten. Der KI-Einsatz in den Schulen sollte zudem von der Wissenschaft begleitet werden. „KI benötigt immer einen Menschen als Kontrolle und Korrektiv“, fasste Enseleit zusammen.

„Die Handhabung der KI darf auf keinen Fall undifferenziert erfolgen“, erklärte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) und verwies auf einen früheren Antrag der Landesregierung von Juli, in dem Chancen und Grenzen im Umgang mit KI an den Schulen in MV benannt werden. Sie kritisierte, dass die FDP zu sehr die Chancen gewichte. Sie zeigte sich verwundert, dass die Liberalen die KI-Grenzen weitgehend ausgeblendet hätten. Ihr fehle beim FDP-Antrag insgesamt das pädagogische Ermessen. Oldenburg verwies darauf, dass im Antrag der Landesregierung unter anderem bereits die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte sowie der Austausch zwischen Wirtschaft, Schule und Wissenschaft aufgeführt seien. Die Ministerin kritisierte die von der FDP erwähnte KI-Möglichkeit der Leistungskontrolle. „Hier müssen wir ein bisschen sensibler sein.“ Hier sei eine eindeutige Grenze der KI erreicht. Die Bewertung einer schulischen Leistung erfolge immer unter ausgewogener Ausübung des pädagogischen Ermessens. Mit Blick auf den möglichen Einsatz von KI bei Schülern habe das Bildungsministerium in einem Schreiben an die Schulen klar gemacht: „Schriftliche Leistungen, die in der Häuslichkeit oder an anderen Orten ohne pädagogische Aufsicht erfolgen, dürfen nicht alleinige Grundlage für eine Zensurierung und Bewertung sein.“

Für die AfD kann die KI durchaus ein Gewinn für die Schulen sein, sagte der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult**. „Wir sehen aber auch die Risiken, die damit einhergehen.“ Bereits heute verfassten viele Schüler ihre Aufgaben mit KI-Hilfe. Die Lehrer seien gehalten, ganz genau hinzuschauen, ob die Schüler auch selbst Urheber der Hausaufgaben oder Aufsätze sind. „Dazu werden keine Modellschulen benötigt“, erklärte Schult. Dafür gebe es einen Handlungsleitfaden, die Lehrer müssten nach und nach lernen, damit umzugehen. Denn Modellschulen würde das Lehrpersonal überfordern, das ohnehin schon mit bürokratischem Aufwand am Limit sei. Schult verwies auf den Antrag der Regierungskoalition zum Umgang mit der KI aus der Juli-Landtagsitzung. Dort sei dem Thema genug Rechnung getragen worden. Er betonte, dass die Lehrer wichtige Bezugspersonen für die Schüler seien. Sie sollten im Unterricht auch soziale Fähigkeiten vermitteln und zum kritischen Denken anregen. „Das passiert bei ChatGPT nicht.“ Die KI sei deshalb kein adäquater Ersatz für einen Menschen und Lehrer.

Torsten Renz (CDU) verwies auf den Beschluss des Landtags, dass Ende 2024 ein Bericht zur KI vorgelegt wird. Er empfahl für die Zwischenzeit, im Bildungsausschuss einen ganz konkreten KI-Baustein auf die Tagesordnung zu setzen. Damit der KI Neuland betreten würde, könnten im Ausschuss dann Expertengespräche geführt werden. „Ich glaube, das wäre ein sinnvoller Weg.“ Das wäre besser, als alle paar Monate solche Anträge wie den der FDP zu behandeln.

Für den SPD-Bildungsexperten **Andreas Butzki** ist die Einrichtung von Versuchsschulen zur Erprobung der KI möglich. Das müsse auf Antrag der jeweiligen Schulkonferenz geschehen, die oberste Schulbehörde entscheide dann über den Antrag. Das Institut für Qualitätsentwicklung MV (IQ M-V) Sorge für eine wissenschaftliche Begleitung und anschließend für die Auswertung des Versuchs. „Schulversuche laufen erfahrungsgemäß über mehrere Jahre, wenn sie aussagefähig sein sollen“, betonte Butzki. Aus Sicht der SPD sei die Einrichtung von KI-Versuchsschulen jedoch nicht zielführend. Die KI-Entwicklung sei so schnelllebig und rasant, dass man ständig nachschärfen müsse. Generell sei es schwie-

rig, andere Bundesländer kopieren zu wollen, dies führe zu 16 unterschiedlichen Versuchsergebnissen. „Viel besser ist es, länderübergreifend zusammenzuarbeiten und gemeinsame Standards zu organisieren.“

Auch **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies auf die KI-Entscheidung des Landtags von Juli. Aktuell könnten alle Lehrer auf eine Internet-Plattform zugreifen, sich fortbilden und von einer KI unterstützen lassen. Besonders herauszustellen sei, dass Schüler, die ChatGPT nutzen, anonym bleiben und der Datenschutz sichergestellt ist, betonte Wegner. „Wir waren uns in der Fraktion alle einig, dass wir KI in den Schulen zulassen und fördern sollten.“ KI sei nützlich bei der Online-Nachhilfe und den Hausaufgaben, sie könne auch die Lehrer entlasten. So könne KI Unterrichtspläne vorschlagen, Lehrmaterialien aufarbeiten und Ideen für Lehrmethoden geben. „Darüber hinaus bieten KI-Systeme Varianten, um sich Inhalte spielerisch anzueignen anstatt stupide auswendig zu lernen und stumpf aus Büchern abzuschreiben“, betonte Wegner. Mit KI könne weiter erforscht werden und es werde sekundenschnell beantwortet. „Der natürliche Entdeckungsdrang kann hier in mannigfacher Weise genährt werden“, sagte die Abgeordnete. Die KI solle aber niemals den Lehrer ersetzen. Nach wie vor gelte es, die Ergebnisse von KI einzuordnen. KI ist ein Werkzeug.“ Vermutlich müssten jedoch für Prüfungen neue Wege gefunden werden. Wegner betonte, dass die KI stets kritisch begleitet werden müsse.

Christian Albrecht (DIE LINKE) lehnte den FDP-Antrag ab. Nach der Befassung des Parlaments im Juli sei man aktuell mitten in der Umsetzung der Beschlüsse. „Hier geht es darum, erst einmal eine Grundlage zu schaffen, um KI an den Schulen sinnvoll einzusetzen“, sagte Albrecht. Dieser Weg müsse zunächst gegangen werden, bevor man sich ins nächste Abenteuer stürzt und Modellschulen aufmacht. Für Albrecht gibt es beim KI-Einsatz besonders große Schwierigkeiten bei den Empfehlungen zur weiteren Schullaufbahn der Schüler. Die KI habe zwar ein besonderes Potenzial, Lehrer zu entlasten und könne beispielsweise stupide Fleißarbeiten übernehmen. „Was aber KI bestimmt nicht

leisten soll, ist Menschen und konkret Kinder zu bewerten und dann mit darüber zu entscheiden, wie deren weitere Zukunft aussieht.“ Welche Daten sollten überhaupt zur Empfehlung der weiteren Schullaufbahn herangezogen werden, fragte der LINKEN-Politiker. Zur Betrachtung des Individuums gehörten nicht nur Noten und Zeugnisse. Albrecht ver-

wies auf sogenannte weiche Faktoren bei der Beurteilung von Schülern. In den USA habe es viele negative Erfahrungen mit KI gegeben, wenn es um Prognosen ging. Man habe dort davon Abstand genommen, KI über Menschen beurteilen zu lassen.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der Fraktion von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung der CDU und Ablehnung von SPD, DIE LINKE, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 8/2603*

Hilfe für alle Schüler

Multiprofessionelle Teams an Schulen

■ **Unterschiedliche nationale und internationale Studien zeigen, dass deutsche Schüler vergleichsweise schlecht abschneiden. An dieser Einstufung hat sich in den vergangenen Jahren wenig geändert. Auch die Situation an den MV-Schulen ist nicht rosig. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Einführung sogenannter multiprofessioneller Teams ein großer Teil der Lösung.**

Die Schulen im Land bedürfen angesichts schlechter Ergebnisse in Bildungsstudien nach Ansicht der Abgeordneten **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dringend grundlegender Veränderungen. „Wir sind erschrocken, weil unseren Kindern grundlegende Kompetenzen fehlen, die sie für ein erfolgreiches Bestehen ihrer Schulzeit und ein erfolgreiches Berufsleben brauchen“, sagte Wegner.

Multiprofessionelle Teams seien ein entscheidender Schlüssel und das Erfolgsrezept dafür, dass jedes Kind sein Potenzial ausschöpfen kann. So könnten die Schüler mit unterschiedlichsten Voraussetzungen gemeinsam erfolgreicher lernen, wie Erfahrungen aus Kanada oder Finnland zeigten. Ein multiprofessionelles Team setzt sich laut Wegner aus Lehrern, Erziehern, Sonderpädagogen, Schulsozialarbeitern, Lehrkräften für Kinder mit Migrationshintergrund oder Therapeuten zusammen. Sie könnten frühzeitig erkennen, dass im Leben eines Kindes etwas nicht stimmt, betonte sie. „Die Überforderung des einzelnen Lehrers könnte enden, verteilte man die Last

auf mehrere Schultern.“ Ein Kind hätte möglicherweise dann eine Chance auf eine Schule, in der man einfach nur lernt und auf einen normalen Schulabschluss. „Das muss uns gelingen: Wir können es uns nicht leisten, auch nur eines dieser Kinder zu verlieren“, erklärte Wegner. Es müsse auch endlich geschafft werden, dass der Bildungserfolg vom Elternhaus abgekoppelt wird.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) bezeichnete den Ansatz der Grünen als „viel zu kurz gesprungen“. Der Titel der Aussprache „Multiprofessionelle Teams in Schulen – Faire Bildungschancen für alle“ suggeriere, dass diese Teams alleine die Grundlage für Chancengerechtigkeit seien. „Jede noch so wichtige, zielführende und unterstützende Maßnahme einzeln zu betrachten, wird keine einzige Bildungschance erhöhen“, sagte Oldenburg. Denn so würden nicht die multiplen Notwendigkeiten und Voraussetzungen in den Blick genommen, die es insgesamt brauche.

Gleiche Bildungschancen seien vom sozialen Umfeld der Kinder abhängig. Faire Bildungschancen bedeuteten beispielsweise kostenfreie Kitas, Erhalt der Sprachkitas oder beitragsfreie Horte. „Erhöhung der Chancengleichheit bedeutet Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, kostenlose Bildung von Anfang an von der Kita bis zur Berufsausbildung - ob Studium oder Lehre“, betonte die Ministerin.

Das Land gebe jährlich rund 800 Millionen Euro für die Kitas und 1,2 Milliarden Euro für die Schulen aus. Sie verwies gleichzeitig auf die Kindergrundsicherung als wesentlichen Baustein für eine größere Chancengerechtigkeit. Multiprofessionelle Teams seien deshalb zwar ein Beitrag für faire Chancen der Kinder und Jugendlichen, aber eben nur einer.

„Ich glaube nicht, dass mehr multiprofessionelle Teams unsere Probleme in den Schulen lösen können“, sagte **Enrico**

Schult (AfD). Die aktuellen Probleme lägen eher im eklatanten Lehrermangel, den schlecht ausgestatteten Schulen oder den weiter vorhandenen Corona-Defiziten. Er widersprach der Meinung von Ministerin Oldenburg, dass sich die Migration nur marginal in den Schulen auswirke. „In den Brennpunktschulen erreichen 80 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund nicht einmal die Mindeststandards im Lesen. Das sollte uns zu denken geben“, betonte Schult. Wenn zu Hause nicht deutsch gesprochen werde, wirke sich das nachteilig auf den Bildungserfolg aus. Schult vertrat die Meinung, dass auch mit immer mehr Geld die Probleme der Schulen nicht gelöst werden können. „Das Geld muss an der richtigen Stelle ausgegeben werden.“ Im Jahr 2017 habe MV noch 947 Millionen Euro für die Schulen ausgegeben, nun seien es 1,2 Milliarden Euro. „30 Prozent mehr Bildungsausgaben in MV, dennoch haben wir diese Probleme, dennoch schneiden wir bei den Tests schlecht ab.“ Es müsse deshalb genau geschaut werden, welche Maßnahmen zielführend seien. Dazu gehöre etwa die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer. Statt der Aufstellung von multiprofessionellen Teams sollte eher eine pädagogische Hochschule gegründet werden.

Der Bildungsexperte der CDU-Fraktion, **Torsten Renz**, sagte, dass der Aufbau von multiprofessionellen Teams bereits begonnen habe. „Wir haben sie vielleicht jetzt noch nicht so genannt.“ So würden schon Alltagshelfer oder andere Kräfte wie Psychologen in die Schulen geschickt. „Es ist nicht mehr wie vor 100 Jahren, dass der Lehrer die Situation alleine bewältigen kann.“ Denn die Probleme in den Schulen hätten sich gewandelt. In den Zeiten, als er selbst noch Berufsschullehrer war, hätten die „Probleme“, die es damals gab, in Gesprächen mit Schülern oder Eltern geklärt werden

können, sagte Renz. Doch das habe sich grundsätzlich gewandelt. „Die Herausforderungen und die Vielschichtigkeit, auf die die Lehrer treffen, bedürfen anderer Lösungen.“ Ein einzelner Lehrer könne auch angesichts der riesigen Belastung im normalen Schulalltag die aufkommenden Probleme nicht mehr allein lösen, betonte der CDU-Politiker. „Wir müssen die unterstützenden Kräfte in die Schule bringen, damit wir die Herausforderungen gemeinsam meistern.“

„Wir sind alle auf der gleichen Linie. Wir brauchen das“, erklärte **Andreas Butzki** (SPD) zur Etablierung der multiprofessionellen Teams. Als ehemaliger Schulleiter wisse er, dass diese Teams äußerst wichtig sind. Die Schulleitungen müssten das vorleben. Dazu gehöre, dass die Schulen mit außerschulischen Einrichtungen zusammenarbeiten. So gebe es in Neustrelitz eine intensive Zusammenarbeit mit dem THW, der Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz, aber auch mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt oder dem Kunsthaus. „Den Schulen in MV stehen die verschiedensten Unterstützungssysteme zur Verfügung“, betonte Butzki. Dazu gehörten die Schulsozialarbeiter oder pädagogische Fachkräfte, bei Bedarf könnten sich

die Schulen an Lerntherapeuten oder die sozialen Dienste wenden. „Multiprofessionelle Teams sind ein zentrales Qualitätsmerkmal an den Schulen.“

Multiprofessionelle Teams können nach Ansicht der FDP-Abgeordneten **Sabine Enseleit** besondere Angebote unterbreiten, um den Kindern den sozialen Aufstieg und ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. „Dazu gehört die gezielte Förderung von leistungsschwächeren, ebenso wie die von besonders begabten Schülerinnen und Schülern.“ Die Vielfalt in den Schulklassen mache auch eine Vielfalt im pädagogischen Team notwendig, dies gelte insbesondere unter Berücksichtigung der Inklusion und anderen modernen pädagogischen Ansätzen. Leider sei MV noch weit davon entfernt, an allen Schulen mit multiprofessionellen Teams zu arbeiten, bedauerte Enseleit. Die FDP-Politikerin verwies auf Einschätzungen des Verbands Bildung und Erziehung, dass es in MV überhaupt keine multiprofessionellen Teams gebe. Es gebe nur Teams, die sich aus Lehrkräften der jeweiligen Schule zusammensetzten. „Also eine Mogelpackung auf Kosten der Lehrerinnen und Lehrer.“ Sie investierten viel Zeit für interne Absprachen, die bei der Arbeitszeit

nicht berücksichtigt wird. Enseleit kritisierte das Bildungsministerium, weil es noch keine Festlegung getroffen habe, welche Berufsgruppen in ein multiprofessionelles Team gehörten.

Es sei wichtig, dass bei der Betreuung der Schüler die Verantwortung geteilt werde, betonte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Es sei entscheidend, dass in den multiprofessionellen Teams mit dem nötigen Verständnis füreinander gearbeitet werde. „Ansonsten funktioniert das nicht.“

Es müsse das Ziel sein, den unterschiedlichen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Deshalb seien bereits in der vergangenen Legislaturperiode die multiprofessionellen Teams auf den Weg gebracht worden. Rösler verwies auf das sogenannte Kooperations- und Beratungssystem für Eltern und Schulen (KUBES), das im vergangenen Jahr etabliert worden sei. Dort seien Sonder-, Sozial- und Erwachsenenpädagogen organisiert, die eng mit den Eltern zusammenarbeiteten und auf die individuelle Förderung eines Kindes abzielten. „Es passiert bereits viel, vor allem geschieht es unter Einbeziehung aller Beteiligten und mit Augenmaß.“

Bedenken gegen Windkraftanlagen

Vertiefende Studien zur Wirkung von Windparks auf die Umgebung gefordert

■ Windparks an Land oder im Meer sind wichtige Komponenten der Energiewende. Doch bislang gibt es wenige Langzeitstudien darüber, ob und wie Windfarmen ihre Umwelt beeinflussen. Die AfD wies darauf hin, dass eine Untersuchung für den Nordsee-Windpark in der Deutschen Bucht eine erhöhte Umgebungstemperatur nahe Windanlagen nachwies. Es gäbe auch Anhaltspunkte für weniger Niederschlag rund um Windräder. Unklar bliebe, ob diese Ergebnisse auf die Ostsee oder MV übertragbar seien. Darum forderte die AfD die Landesregierung auf, die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das lokale

Wetter prüfen zu lassen und den Landtag über die Untersuchungsergebnisse zu unterrichten. Im Fall von negativen Effekten verlangte die AfD die Erarbeitung abmildernder Maßnahmen.

Die Studie über den Nordsee-Windpark sei bekannt, zitierte **Petra Federau** (AfD) aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage ihrer Fraktion. Vergleichbare Arbeiten für die Ostsee lägen nicht vor. Ferner könne „ein Einfluss von großen Windparks auf atmosphärische und ozeanische Prozesse nicht ausgeschlossen“ werden. Dafür, so die Auskunft der Verwaltung, bräuchte es fun-

dierte Studien. „Das sehen wir genauso“, stimmte die Abgeordnete zu. Angesichts der beabsichtigten Verdreifachung der Windparks in MV, sei es „von entscheidender Bedeutung“, deren Einfluss „auf das lokale Wetter und insbesondere auf die landwirtschaftlichen Flächen“ zu verstehen, mahnte Petra Federau. „Weiterführende Forschung und Modellierung“ können helfen, mögliche negative Auswirkungen im Vorfeld zu erkennen oder gar auszuschließen. „Jede Art der Energiegewinnung hat Vor- und Nachteile, und diese haben immer begutachtet und abgeschätzt zu werden“, gab die Abgeordnete zu bedenken.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) adressierte das Plenum in Vertretung für den verhinderten Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus. Dieser habe ihn „ausdrücklich“ gebeten, voranzustellen, dass die Landesregierung den Ausbau von Windkraft „grundsätzlich befürworte“. Gegenwärtig berücksichtige das Genehmigungsverfahren für Windanlagen öf-



Der Windpark, etwa 35 Kilometer nordöstlich von Rügen, hat eine Leistung von 385 Megawatt, was rechnerisch für die Versorgung von 400.000 Haushalten ausreicht. Die Abgeordneten debattierten darüber, welche Auswirkungen Offshore-Windkraftanlagen auf ihr Umfeld haben.
Foto: nordreport

fentliche Belange und Naturschutz. Meteorologische Auswirkungen würden erst seit wenigen Jahren wahrgenommen.

Die von der AfD zitierte Studie weise eine Erwärmung in bodennahen Luftschichten nach, bestätige aber keinen „kausalen Zusammenhang“ mit Dürren, stellte Minister Pegel klar. Forschungsprojekte dazu sowie Studien zur Ostsee seien „ausdrücklich wünschenswert“. Die Kompetenz läge auf Bundesebene. Das Land plane keine „Doppelstrukturen“. Sollte sich aus der Forschung Handlungsbedarf ergeben, werde die Landesregierung „die erforderlichen Schlüsse ziehen“, versicherte der Minister.

Für ihre Fraktion stehe fest, so **Beate Schlupp** (CDU), dass Forschung „natürlich“ Klarheit darüber schaffen müsse, wenn es Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die unmittelbare Umgebung gebe. Das sei schon wegen der „Akzeptanzprobleme“ von in der Nähe von Windparks wohnenden Menschen notwendig. Diese Bürger hätten ein Anrecht, dass aktuelle Forschungsergebnisse in die Planung einbezogen würden. „Wir sind gut beraten, da entsprechende wissenschaftliche Expertise einzuholen“,

bekräftigte die Abgeordnete. Ihre Fraktion stimme dem Minister zu, keine Paralleluntersuchungen auf den Weg zu bringen. Dennoch müssen glaubwürdige Ergebnisse anhand vergleichbarer Daten gewonnen werden. Sollten negative Auswirkungen festgestellt werden, könne sich das auch auf die geplante Anzahl der Windkraftanlagen auswirken. „Das ist auch unsere Erwartungshaltung dabei.“ Den Antrag lehne die CDU ab, weil sie „die Verantwortung eindeutig beim Bund“ sehe.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) warf der AfD vor, „die erneuerbaren Energien auszubremsen und schlechtzureden“. Der Antrag enthalte nicht einmal Quellenangaben. Darum wolle er auf zwei Dokumentationen der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages verweisen. Dokument WD8-3000-076/20 liste Studien auf, die einen lokalen bodennahen Temperaturanstieg im Umfeld von Windenergieanlagen feststellten. Dokument WD8-3000-083/20 befasse sich mit der Änderung des Mikroklimas durch Windkraftanlagen. Beide Materialien untermauerten, dass trotz eines „leichten klimatischen Effektes“ keine „schwerwiegenden Auswirkungen“ oder eine „kausale Beziehung von Dürren und Windkraft“ bestünden.

Es gebe keine Notwendigkeit für eine gesonderte Untersuchung auf das lokale Wetter in MV, merkte Daniel Seiffert an und unterstrich: „Belegt ist, dass Windkraft im Gegensatz zu Treibhausgasen der Atmosphäre nicht mehr Wärme hinzufügt.“ DIE LINKE lehne den Antrag ab.

Aus den Dokumenten ginge hervor, bezog sich **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf seinen Vorredner, dass große Windkraftwerke, „sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene keinen signifikanten Effekt auf die oberflächennahen Klimaeigenschaften haben“ und kein direkter räumlicher Zusammenhang mit der sehr geringen Niederschlagsveränderung hergestellt werden könne.

Die Wissenschaft streite „mitnichten“ ab, dass die Windenergie messbare Auswirkungen auf ihre Umgebung hat, richtete Hannes Damm an die AfD. Allerdings sei nicht alles, was man messen kann, bedenklich oder relevant – besonders wenn es ins Verhältnis zu anderen Vorteilen gesetzt werde.

Aus eben solche Untersuchungen wie vom Antragsteller gefordert, wisse man, dass die Temperaturerhöhung im Umfeld von Windanlagen nicht relevant sei. „Schon deswegen entbehrt ihr Antrag jedweder Grundlage“, ließ der Abgeordnete die AfD wissen.

David Wulff (FDP) schlug ein Projekt zur Temperatur- und Windmessung in jedem Windpark des Landes vor. Nach fünf Jahren solle man schauen, ob die Windanlagen den Klimawandel verschärft hätten. „Am Ende sehen wir, dass wir nichts gekonnt haben“, schlussfolgerte der Abgeordnete und zeigte auf: „Das ist doch irgendwie das Ergebnis und das Ziel, das die AfD hier wieder einmal verfolgt.“ Windräder in der Nähe von Wohnhäusern seien auch in der FDP „mega umstritten“. Doch würde am Ende eingesehen: „Das geht nicht anders.“ Für die Energiewende seien Wind und Solar „die beste, schnellste und günstigste Lösung“. Und natürlich der Ausbau der Speichertechnologie, ergänzte David Wulff. „Ansonsten können wir noch messen, solange wir wollen“, nahm er auf seinen Eingangsgedanken nochmal auf. Der Ansatz der AfD sei, Ängste zu schüren. Sie greife das auf, „was die Leute nicht wollen, und präsentiere eine Lösung, die keine Lösung ist. Fertig ist der AfD-Antrag. Danke schön. Lehnen wir ab!“

Ja, die im Antrag zitierte Studie sei bekannt, begann **Falko Beitz** (SPD) seine Rede. Doch müsse man sich daher Sorge machen? Der Abgeordnete verneinte. Eine minimale, nächtliche Schwankung der Bodentemperatur sei nach Ansicht von Experten kein Problem. Falko Beitz stellte eine Überschlagsrechnung auf, wonach die Rotoren der 2.000 Windkraftanlagen im Land eine Fläche von 63 Quadratkilometer durchstrichen. Das sei aber nur ein Prozent der 250 Meter hohen Luftschicht über dem gesamten Land. Ein Prozent hätte keine „massive Auswirkung auf das Wetter“. Nicht die Windräder seien das Problem, sondern die von Treibhausgasen verursachte Erderwärmung. Hier müsse es gelingen, „die Notbremse bei der Dekarbonisierung“ zu ziehen, hielt der Abgeordnete für wichtig. Der AfD ginge es allerdings darum, Unsicherheit zu streuen und Angst zu verbreiten. Darum lehne die SPD den Antrag „aus vollster Überzeugung ab“.

Alle Debattenbeiträge hätten die bestehenden Auswirkungen thematisiert, fasste **Petra Federau** (AfD) zusammen. Zur Interpretation gebe es jedoch unterschiedliche Ansichten.

Für eine realistische Einschätzung bedürfe es einer unabhängigen Studie, so wie es ja auch die Landesregierung in der AfD-Anfrage bestätigt habe. Die AfD

würde es unterstützen, wenn der Bund dafür den Auftrag erteile. Gerade die Ausbaupläne für Windkraft erforderten „hier wirklich nachzuforschen“, um sicherzugehen, dass im Endeffekt nicht mehr Nachteile als Vorteile entstünden. „Nicht mehr und nicht weniger erwarten wir“, mahnte die Abgeordnete.

Petra Federau dankte allen, die sachlich und seriös und fundiert gesprochen haben.

Dem Antrag stimmten nur die AfD und die fraktionslose Abgeordnete zu. Alle anderen lehnten ab.

Antrag AfD, Drucksache 8/2228(neu)

Wirtschaftlicher Blick nach Polen

Bilateraler Außenwirtschaftstag mit Signalwirkung für unsere Nachbarn

■ In Polen wächst die Ökonomie schneller als im EU-Durchschnitt. Und obwohl das östliche Nachbarland einer der drei wichtigsten Handelspartner von MV ist, stagnieren die Exporte. Ein Antrag der CDU wollte den 20. Jahrestag des polnischen EU-Beitritts im nächsten Jahr zum Anlass nehmen, die Bedeutung Polens auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zu würdigen und auszubauen. Polen sollte als Partnerland des 2. Baltic Sea Business Day 2024 eine besondere Bedeutung eingeräumt werden. Das könnte einheimischen Unternehmen helfen, das Exportpotenzial nach Polen besser auszuschöpfen. Darüber hinaus würde ein Deutsch-Polnischer Außenwirtschaftstag 2024 einen wirtschaftlichen Impuls geben. Als Folgeeffekt versprach sich die CDU davon die Stärkung und Verbesserung der politischen Nachbarschaftsbeziehungen.

Die Bedeutung verlässlicher Handelspartner und stabiler Handelsrouten habe zugenommen, gab der Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** (CDU) zu bedenken. Seine Fraktion habe stets dafür geworben, MV solle auf Partner setzen, „mit denen wir eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts bilden“. Darum schlage die CDU vor, im Jahr 2024 einen deutsch-polnischen Außenwirtschaftstag zu veranstalten. So eine Initiative könnte insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen Import- und Exportmöglichkeiten eröffnen und der „re-

lativen Export-Schwäche der hiesigen Unternehmen“ beikommen.

Für die Organisation und Durchführung des Außenwirtschaftstages forderte die CDU im Doppelhaushalt Mittel in Höhe von 200.000 Euro einzuplanen. Franz-Robert Liskow hielt einen bilateralen Wirtschaftstag für „genau das richtige Signal“, um die belasteten Beziehungen zu Polen zu verbessern. „Hören wir auf, die Beziehungen schöner zu reden, als sie aktuell sind“, richtete er an die Regierungskoalition. „Nicht Polen muss einen Schritt auf uns zugehen, sondern wir auf Polen“, unterstrich der Politiker.

Die Beziehungen zu „unserem direkten Nachbarn“ seien für MV „etwas eminent Wichtiges“, stimmte **Heiko Miraß** (SPD) seinem Vorredner zu.

Das aktuelle Außenhandelsvolumen mit Polen betrage 1,6 Milliarden Euro. Aufgrund des ausgeprägten Dienstleistungssektors in MV gebe es „strukturelle Gründe“, warum der Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die Grenze nach Polen unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik liege.

Dass es trotzdem „eine beeindruckende Intensität der Zusammenarbeit“ mit Polen gebe, sei innovativen, risikobereiten Unternehmern und Kammern, Verbänden und Organisationen zu verdanken, lobte der Politiker. Ein zusätzliches Format und dazu noch mit dieser „Eilbedürftigkeit“ an den Start zu bringen, sei „wenig hilfreich“. Mit Blick auf die regelmäßigen Workshops, Delegationsreisen, Kooperationstage, Wirtschaftskreise oder

auf das Haus der Wirtschaft in Stettin und die Geschäftsstelle für die Metropolregion Stettin bringe es nichts, das „Rad zweimal zu erfinden“.

„Wir müssen zusehen, dass wir niemals mehr mit Hass gegen unsere polnischen Partner vorgehen, aber auch unsere Würde behalten und erhobenen Hauptes unsere eigenen Interessen als Deutsche deutlich formulieren“, appellierte **Martin Schmidt** (AfD) an das Parlament. Niemand solle erwarten, dass „man uns in Polen mit offenen Armen empfängt“. Das Land habe seine „eigenen nationalen Interessen“ und das müsse man anerkennen und schauen, „wie wir uns da einordnen in der geopolitischen Lage“. Der CDU-Antrag helfe da kaum weiter. „Ich sage Ihnen ganz klar, ein bloßer Unternehmertag wird hier nicht die Welt bewegen“, legte Martin Schmidt der CDU nahe. Die AfD sei auf jeden Fall für bessere Beziehungen zu Polen: „Sorgen wir doch erstmal dafür, dass bei unserer eigenen Bevölkerung ein bisschen mehr Interesse an der polnischen Kultur und Polen überhaupt existiert“, war sein Ratschlag. Schüler- und Studentenaustausch, eine bessere Finanzierung bestehender Initiativen wie das Haus der Wirtschaft in Stettin – das sind Dinge, denen die AfD Priorität einräumen würde. Diesen substanzlosen Antrag lehne seine Fraktion ab.

Die Debatte habe **Dr. Harald Terpe** (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gezeigt, wie wichtig der CDU-Antrag sei. Er habe sich gefragt, warum die Zusammenarbeit mit Polen eigentlich so „stiefmütterlich“ behandelt worden sei. Pommern und Polen lebten jahrhundertlang nebeneinander. Im günstigsten Fall war es „ein friedliches Nebeneinander, aber nicht ein friedliches Miteinander“.

Um uns besser zu verstehen, müssten wir unserem Nachbarn gegenüber, „Augenhöhe“ zulassen, riet der Fraktionsvorsitzende. Das schließe ein, in „Vorleistung zu gehen“, um „gegenseitiges Vertrauen aufzubauen“.

Geschichtlich betrachtet, habe sich Deutschland mehrfach mit Russland auf Kosten der Polen geeinigt. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde sich ähnlich verhalten. Daraus entstand Misstrauen, das abgebaut werden müsse. „Und deswegen geht es auch an der Stelle um Signale“, sozusagen um „vertrauensbildende Maßnahmen“, fasste der Abgeordnete zusammen. „Dieser Antrag ist richtig gut und wir werden ihm auch zustimmen“.

Die FDP unterstütze den Antrag, gab **Sandy van Baal** (FDP) für ihre Fraktion bekannt und bekräftigte: „Wir Freien Demokraten sehen hier dringenden Handlungsbedarf“. Es sei an der Zeit, die Chancen im wirtschaftlichen Austausch mit Polen zu nutzen und die Beziehungen zu unserem östlichen Partner zu verbessern. „Wir wollen, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähig sind und auf dem internationalen Markt bestehen können“, bestätigte Sandy van Baal.

Das brauche eine starke Außenwirtschaftspolitik und eine Landesregierung, die Chancen erkennt und nutzt. Der 20. Jahrestag des Beitritts Polens zur EU bietet hierfür „eine hervorragende Gelegenheit“ lobte die Abgeordnete die CDU für ihre Idee. Die FDP stimme allen Forderungen des Antrages zu, außer dem Punkt 4, wo 200.000 Euro für den Außenwirtschaftstag in den Haushalt eingestellt werden sollen, und bat um ziffernweise Abstimmung. Da es nach Meinung der FDP-Politikerin nicht zu kurzfristig sei, zeigte sie sich optimistisch, das Geld zu finden: „Wenn man was möchte, dann kriegt man das auch hin.“

Christian Albrecht (DIE LINKE) verwies auf die im Haushalt für den 2. Baltic Sea Business Day im nächsten April vorgesehenen 300.000 Euro. Zum einen ist es deutlich mehr Geld als für den ersten Business Day und zum anderen werde „Polen als Ostseerainer und unser direkter Nachbar dort eine bedeutende Rolle spielen“. Und dann solle nach dem Willen der Antragsteller noch eine weitere Veranstaltung „hinterhergeschoben“ werden. Bei den zahlreichen beste-

henden Kooperationen mit Polen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität müsse er der CDU die Frage stellen, wo sie die Deckungsquelle für die geforderten 200.000 Euro sehe.

Seine Fraktion erkenne das Potenzial verbesserter wirtschaftlicher Beziehungen zu Polen, bevorzuge aber kontinuierliche Initiativen, die dauerhaft „insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zusammenbringen“. Den Antrag lehne seine Fraktion ab, aber er bot an, gemeinsam über „sinnvolle Formate“ und deren Finanzierung nachzudenken.

Die Reaktionen seien „erwartungsgemäß“, brachte es **Wolfgang Waldmüller** (CDU) am Ende der Debatte auf einen Nenner. Auf den Vorwurf der AfD, die CDU präsentiere einen Show-Antrag, entgegnete er: „Was denn sonst? [...] Wir haben ja nun mal zerrüttete Verhältnisse mit Polen“. Da wolle seine Fraktion „explizit ein politisches Zeichen setzen“ und „einen Olivenzweig Richtung Polen reichen“.

Hinsichtlich der von der SPD relativierten Exportschwäche argumentierte der Politiker, dass MV im Vergleich mit allen anderen Bundesländern die geringsten Ausfuhren habe. Daraus leite sich eine „besondere Obliegenheit“ ab, die Beziehungen zu einem der wichtigsten Exportländer zu fördern. Insofern wäre es „vollkommen richtig und ein guter Ansatz“ Polen als Partnerland für den nächsten Baltic Sea Business Day auszuwählen. Als Ziel wünschte sich der Abgeordnete, „dass die Metropolregion Stettin auf Vorpommern genauso ausstrahlt wie die Metropolregion Hamburg beispielsweise auf Nordwestmecklenburg“. Darum mahnte er die Regierungsfaktionen: „Überwinden Sie ganz einfach Ihre Abwehrreflexe gegen wirtschaftspolitisch sinnvolle Initiativen.“

Ziffer Eins sowie Ziffer Zwei, Nummer 1–3 wurden von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angenommen, aber von SPD, DIE LINKE und AfD abgelehnt. Bei Ziffer Zwei, Nummer 4 enthielt sich die FDP. Die anderen Fraktionen stimmten wie zuvor ab. Die fraktionslose Abgeordnete war während der Abstimmung nicht zugegen.

*Antrag CDU
Drucksache 8/2609*

Meldungen

Dritter „Tag der Menschen mit Behinderung“ geplant

Menschen mit Behinderung sollen einem fraktionsübergreifenden Antrag zufolge besser in den Alltag integriert werden. „Deshalb wird es nach 2010 und 2021 im kommenden Jahr den dritten Tag der Menschen mit Behinderung im Landtag geben“, sagte Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE). Unter dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ soll die Weichen für eine bessere Teilhabe für die mehr als 200 000 schwerbehinderten Menschen in MV gestellt werden. „Wir alle sind für Inklusion zuständig“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese (SPD). Alle Menschen sollten ohne Hindernisse und ohne Barrieren privat und beruflich überall gleichberechtigt teilhaben können. „Aber es gibt noch unheimlich viel zu tun“, betonte sie. Deshalb sei es nur mit einem weiteren Aktionstag nicht getan.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) kritisierte, dass seine Partei bei dem Antrag ausgeschlossen wurde. Er griff die rot-rote Landesregierung für ihren Umgang mit behinderten Schülern an. Obwohl es fundierte Einwände von Eltern, Pädagogen oder Politikern gebe, solle 2028 für die 38 Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und Sprache das Aus erfolgen.

Der Tag der Menschen mit Behinderung werde die früheren Forderungen nach Inklusion aufarbeiten, sagte Katy Hoffmeister (CDU). Dies seien: gesundheitliche Versorgung, Wohnen und Mobilität, Selbstvertretungsrecht und inklusive Bildung. Der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Harald Terpe, betonte, dass es notwendig sei, sich in die Lage der Betroffenen hineinzuempfinden, um zu erfassen, wo der wirkliche Bedarf liegt.

Die FDP-Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel sagte mit Blick auf die DDR-Vergangenheit, dass in Zeiten des demokratischen Deutschlands enorm viel erreicht worden sei. Doch noch stünden etliche Menschen den progressiven Entwicklungen sehr zögerlich gegenüber. Beim Tag der Menschen mit Behinde-



Foto: Landtag MV

Der Tag der Menschen mit Behinderung fand 2021 als Hybridveranstaltung statt.

rung wird nach Ansicht von Christine Klingohr (SPD) im Vordergrund stehen, was noch geschaffen werden muss. Dazu gehöre beispielsweise der bessere Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt.

Der Antrag wurde bei Ablehnung der AfD und Zustimmung der anderen Fraktionen angenommen.

*Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/2600*

CDU fordert 300 Millionen Euro für Bildung

Nach Ansicht der CDU-Fraktion waren die bisherigen zwei Jahre der rot-roten Landesregierung für die Bildungspolitik eine verschenkte Zeit. „Das Bildungssystem in MV befindet sich in einer Krise“, sagte der Abgeordnete Torsten Renz (CDU). Deshalb müsse die Bildungspolitik Chefsache werden. Er forderte ein Sondervermögen für die Bildung. So müssten 2024 laut Antrag 20 Millionen Euro zusätzlich investiert werden, 2025 noch einmal 30 Millionen Euro und bis zum Jahr 2030 jährlich 50 Millionen Euro. Insgesamt ergebe sich so eine Summe von 300 Millionen Euro. Damit sollte etwa das Lehramtsstudium verbessert und die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert werden.

Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) bestätigte, dass sich wegen bildungspolitischer Fehlentscheidun-

gen der vergangenen Jahrzehnte das Schulsystem in Deutschland und MV nicht positiv entwickelt habe. Aber durch Maßnahmen wie der Bildung regionaler Netzwerke, Abordnungen oder epochalem Unterricht (manche Fächer nur in einem Halbjahr) sei es nun gelungen, den kompletten Pflichtunterricht abzusichern. Oldenburg versicherte, dass es mit der rot-roten Koalition keinerlei Einsparungen im Bereich der Bildung geben werde. Sie wies die These, nach der das Bildungssystem in einer Krise stecke, zurück.

Für den AfD-Abgeordneten Enrico Schult stand im Gegensatz dazu fest, dass sich das Bildungssystem in MV in einer tiefen Krise befinde. Er kritisierte, dass im Bildungsbereich viel Geld an den falschen Stellen ausgegeben werde. „Natürlich muss man die Schwachpunkte im Bildungsbereich benennen“, sagte Andreas Butzki (SPD). Aber es dürfe nicht alles schlecht geredet werden. „Das tut

den meisten Schulträgern nicht Recht.“ Für Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist die Einrichtung eines Sondervermögens für die Bildung notwendig. „300 Millionen Euro, wie von der CDU gefordert, stellen einen für MV durchaus realistischen Rahmen dar.“ Diese Ausgabe bis zum Jahr 2030 verbindlich festzulegen, mache Sinn. Sabine Enseleit (FDP) stellte fest, dass MV in allen Schulvergleichstests zu den Schlusslichtern gehört. Diese Entwicklung sei jedoch absehbar gewesen. „Jahrzehnte lang wurden kaum Lehrer eingestellt.“ Der Lehrerberuf habe an Attraktivität verloren.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der CDU und FDP, Ablehnung von SPD und LINKEN sowie Enthaltung von AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2607*

Zu kurze Bahnsteige

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat scharfe Kritik an den teilweise zu kurzen Bahnsteigen in MV geäußert. Das Land habe zwar auf die hohe Nachfrage nach Ostsee-Reisen reagiert und längere Züge bestellt, sagte Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Aber diese Züge seien an Neubrandenburg vorbeigefahren, weil die Bahnsteige zu kurz sind. Wegner forderte Land und Bahn auf, bis zum Sommer 2024 zwei Bahnsteige in Neubrandenburg auf 210 Meter auszubauen.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) berichtete, dass es wegen bürokratischer Hemmnisse nicht möglich sei, einen Zug trotz eines zu kurzen Bahnsteigs anzuhalten und die Passagiere zu bitten, nach vorne zu gehen. Es werde nun angestrebt, mit Brandenburg eine Vereinbarung zu treffen, nach der alle Bahnsteige auf der Strecke Berlin-Neubrandenburg-Stralsund auf mindestens 170 Meter verlängert werden sollen.

„Viele Urlauber und Einwohner waren verärgert, wenn sie versucht haben, den Weg auf die Insel Usedom mit der Bahn anzutreten“, sagte Stephan Reuken (AfD). „Das war so ärgerlich wie vorhersehbar.“ Es hätte bereits frühere Erfahrungen mit dem Neun-Euro-Ticket und dessen Sogwirkung gegeben.

Daniel Peters (CDU) betonte, dass die Verlängerung der Bahnsteige auf 170 Meter eventuell nicht ausreiche. Denn es

sei durchaus denkbar, dass diese XL-Züge künftig mit sieben Waggons unterwegs sind. „Dann reden wir über 210 Meter.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) machte auf die Randlage von MV aufmerksam. Es sei nicht ernsthaft anzunehmen, dass ein Fingerschnippen der Ministerpräsidentin oder des Verkehrsministers genüge, um die Deutsche Bahn und ein Gutachtertteam umzustimmen. Bei der Fahrplangestaltung spiele MV nur eine Nebenrolle.

David Wulff (FDP) bezeichnete das Thema als ärgerlich und peinlich. Es sei nicht zu verstehen, dass den Passagieren ein Waggonwechsel zum Ausstieg nicht zumuten sei. Gleichzeitig erwarte er von der Landesregierung beim Bund kein Fingerschnippen, sondern einen „Löweneinsatz“.

Marcel Falk (SPD) verwies darauf, dass die XL-Verstärkerzüge nur in den Sommermonaten eine Rolle spielten. Dann sei in den Tourismushochburgen Betrieb wie in Frankfurt/Main zur Rushhour. „In der restlichen Zeit sind wir halt Meck-Pomm.“ Da würden keine Verstärkerzüge benötigt.

Der Antrag wurde mit Gegenstimmen von SPD und LINKE bei Zustimmung der anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 8/2597*

„Containern“ bleibt strafbar

Es ist ein breites gesellschaftliches Anliegen, keine Lebensmittel zu verschwenden. Darum forderte Anfang des Jahres ein Antrag von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Land möge sich einer Initiative der Hamburger Behörde für Justiz und Verbraucherschutz anschließen. Diese strebte eine Änderung der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV) zum Umgang mit dem sogenannten Containern an. Containern – die Entnahme von Lebensmitteln aus dem Müll – solle trotz Illegalität nicht strafrechtlich verfolgt werden. Der hierfür notwendige einstimmige Beschluss der Unterkommission der Justizministerkonferenz scheiterte Ende März trotz Zustimmung aus MV.

Zuvor war jedoch in der Februar-Sitzungswoche des Landtages der Antrag von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Rechtsausschuss überwiesen worden. Dieser empfahl im September die Ablehnung, da durch den Beschluss der Unterkommission dem Antragsinhalt die Grundlage entzogen worden war.

Laut Geschäftsordnung musste die Drucksache trotzdem nochmal auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt werden. Das erntete Kritik von allen Seiten. Man hätte einen Weg finden sollen, den „substanzlosen“ Antrag abzusetzen, mahnte die CDU.

Lebensmittelverschwendung sei komplex und viele Interessen müssten berücksichtigt werden, waren sich die Fraktionen einig. Dafür brauche es aber der Bundesebene, richteten DIE LINKE und SPD an die Antragsteller.

Ja, es sei ein „ernstes Thema“, doch der Antrag habe nach Ansicht der AfD „überhaupt nichts“ mit Lebensmittelverschwendung zu tun.

Es ginge im Kern um die Vereinfachung geringfügiger Verfahren, nicht um eine „pauschale Entkriminalisierung“, trat die FDP etwaigen Missverständnissen entgegen. Auch wenn die Hamburger Initiative „vom Tisch“ sei, erledigt habe sich das Thema noch lange nicht, versicherte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Foto: nordreport



Für lange Züge, die bei erhöhtem Reiseaufkommen eingesetzt werden, sind die Bahnsteige im Bahnhof Neubrandenburg zu kurz.

SPD, DIE LINKE, CDU, AfD und die fraktionslose Abgeordnete folgten der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses, während sich FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten.

*Antrag FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen
8/1752(neu)
8/2627*

Patientendaten für die Medizinforschung

Die Universitätskliniken Rostock und Greifswald sind nicht nur der Krankenversorgung, sondern auch der Lehre und Forschung verpflichtet. Dazu würden die Mediziner gern auf hausinterne Patientendaten zugreifen wollen. Bislang geht das nur mit Einwilligung der betroffenen Person. Um diesen besonderen Datenschatz einfacher zu heben, soll nach dem Willen von SPD und DIE LINKE der § 37 des Landeskrankenhausgesetzes bis Ende des Jahres angepasst werden. Wenn der Patient nicht widerspricht, können seine Daten dann grundsätzlich genutzt werden.

Aus Sorge um den Datenschutz formulierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag und verlangte die Pseudonymisierung der Informationen sowie die ausschließliche Verwendung für die Forschung. Weiterhin müsse der Patient „jederzeit voraussetzungslos widersprechen“ können. Bedenken äußerte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darüber, dass hier der noch unbekanntes Gesetzesänderung zugestimmt würde.

Durch Anonymisierung oder Pseudonymisierung bliebe der Datenschutz „selbstverständlich gewahrt“, versicherte die SPD. Das bestätigte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) und verwies auf die Wichtigkeit der Änderung. Im Interesse der Wissenschaft in MV wolle man nicht warten, bis der Bund „zu Potte kommt“.

Die AfD habe prinzipiell nichts gegen Medizinforschung, sehr wohl aber gegen den „gläsernen Patienten“ oder gar das Handeln mit Patientendaten.

Auch die CDU unterstütze das Anliegen „grundsätzlich“, hege aber Zweifel, ob die Landesinitiative ohne Bundes- und EU-Änderungen umsetzbar sei.

Es ginge auch um Bürokratieabbau und die Vermeidung unnötiger Untersuchungen, verdeutlichte DIE LINKE. Da sie dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilweise folgen könne, schlug sie eine Anhörung vor, sobald der Gesetzentwurf vorliege.

Das Potenzial der Gesundheitsdaten könne nur bei Verknüpfung der unterschiedlichen Datenquellen ausgeschöpft werden, gab die FDP abschließend zu bedenken.

Bei der zifferweisen Abstimmung des Änderungsantrages wurde Ziffer Eins bei Ablehnung der AfD und sonstigem Zuspruch, angenommen. Die fraktionslose Abgeordnete nahm nicht am Votum teil. Die Ziffer Zwei wurde von SPD, DIE LINKE, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt. Dem geänderten Antrag von SPD und DIE LINKE verwehrt lediglich die AfD die Zustimmung, während die fraktionslose Abgeordnete ihre Stimme nicht abgab.

*Antrag SPD, DIE LINKE,
Drucksache 8/2602
hierzu
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2647*

Kontinuität der Sonderpädagogik

Die AfD nahm die Kontroverse um die Schließung der Janusz-Korczak-Förderschule in Wolgast zum Anlass, einen Gesetzentwurf zum Erhalt der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen einzubringen. Denn die Landesregierung sehe vor, Förderschüler ab dem 31.07.2027 in Regionalschulen zu integrieren und dort den sonderpädagogischen Förderbedarf abzusichern.

Dies werde den Erfordernissen von Förderschülern nicht gerecht, befand die AfD. Hinzu kämen die aktuellen Probleme, wie Lehrermangel und „schwierige Unterrichtsbedingungen“.

Die AfD verbreite „Halbwahrheiten“, obwohl bekannt sei, dass es sich lediglich um einen „organisatorischen“ Vorgang handle, kritisierte Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) den Vorstoß der Fraktion. Die Förderschulen Lernen würden an „eine regionale Schule oder Gesamtschule angegliedert“, ohne dass sich etwas für die Schüler ändere. Allein die Organisationsstruktur sei neu.

Die CDU stehe „für Inklusion mit Augenmaß“ und zweifle, ob der vorgesehene Schritt unter den schwierigen Bedingungen an den Regionalschulen tatsächlich vollziehbar sei. Bedenken müssten abgewogen werden.

Alle wüssten, richtete BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die AfD, dass „nur das Türschild ausgetauscht wird und ansonsten die Klassen zusammenbleiben“. Hier spiele die AfD mit den Ängsten der Eltern und ihrer Kinder, verurteilte die SPD die Initiative. „Das ist wirklich nicht nachvollziehbar“.

Wenngleich es „natürlich große Herausforderungen gibt“, gestand DIE LINKE ein, sei es doch „empirisch belegt“, dass Kinder mit Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht mit Regelschülern bessere Schulabschlüsse erreichten. Die FDP plädierte dafür, den Eltern und ihren Kindern mit Förderbedarf die Wahl zu lassen. Ein besserer Überblick über den Bedarf würde die Entscheidung „ob wir beide Schularten erhalten können und müssen“ erleichtern.

Dem Antrag der AfD zur Überweisung in die Ausschüsse stimmten nur der Antragsteller und die fraktionslose Abgeordnete zu.

*Antrag AfD
Drucksache 8/2598*



Fotos: Uwe Sinnecker

Jens-Holger Schneider (AfD) befragt Innenminister Christian Pegel.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

■ Jens-Holger Schneider, AfD:

Es geht um die Personalausstattung in den Staatsangehörigkeitsbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte. Mir ist bekanntgeworden, dass Sie Anfang September die Landkreise und kreisfreien Städte angeschrieben haben und auf das Problem aufmerksam gemacht haben. Ich möchte noch mal sonst die Zahlen in Erinnerung rufen: 2020 hatten wir 538 Einbürgerungen, 2022 waren es schon 1.673 – das ist mehr als verdreifacht – und bis Anfang Juli 2023 lagen schon 2.650 Anträge auf Einbürgerung vor. Und die Gesetzesänderung ab 2024 lässt natürlich ein erhöhtes Aufkommen erwarten.

Meine Frage jetzt ganz konkret – Sie haben drauf hingewiesen, dass nach Paragraph 2 Staatsangehörigkeitszuständigkeitslandesverordnung M-V die Kosten, die nicht durch Gebühren abgedeckt sind gemäß Paragraph 22

FAG, übers FAG abgegolten sind –, meine Frage konkret: Welche weiteren Hilfen kann sich das Land vorstellen? [...]

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Hilfen gewährt das Land über das FAG. Und das ist auch der Korridor, über den wir gewähren. Sie scheinen in Sorge zu sein, dass das FAG nicht dynamisiert würde. Das wird ja regelmäßig – früher alle vier Jahre, nach jetziger Verabredung mithilfe des Landesrechnungshofes und mehrerer externer Gutachter und Verständigung mit den kommunalen Spitzenverbänden jetzt alle zwei Jahre – durch eine teilweise Vollerhebung, zum Teil, das kommt ein bisschen auf die Größe oder die Anzahl der Gemeinden an, zum Teil durch eine Stichprobe, die entsprechenden Kostenlasten zu erheben, und es hat dann sicherlich eine Verzögerung, im Zweifel von zwei Jahren, aber es wird regelmäßig angepasst. Und auf die Art und Weise werden Kostensteigerungen beim Personal, auch durch höhere Fallzahlen, sodass insgesamt mehr Personal- oder Sachmitteleinsatz erforderlich ist, erfolgen entsprechend der Anpassung.

Von daher – das ist der Hinweis in dem Brief, dass keiner an der Stelle die Besorgnis äußern müsste, dass er dann Kostenlasten hat, die er nicht



Jens-Holger Schneider (AfD)

ausgeglichen bekäme –, über die regelmäßige Überprüfung der Konnexitätsverpflichtungen für den übertragenen Wirkungskreis wird das alle zwei Jahre aufgerufen und dann entsprechend angepasst werden.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Schneider, möchten Sie noch eine Nachfrage stellen?

Jens-Holger Schneider, AfD:

Gut, das ist jetzt, das ist das Prozedere. Meine Sorge gilt tatsächlich, mein eigener Landkreis, mir sind da Zahlen bekannt geworden, dass wir auf ein ganz fürchterliches Defizit hinauslaufen. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hatte ja mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Deshalb noch mal: Sie sagten jetzt, das ist ausgeglichen oder abgegolten mit den Novellierungen über das FAG und der Dynamisierung darin. Das bleibt dann auch dabei, mehr gibt es nicht?



Innenminister Christian Pegel

Minister Christian Pegel:

Es bleibt dabei, dass das FAG der konstruktive und vorgegebene Weg dafür ist. Denn ich glaube, dass Sie jeden Nebenweg, den Sie einschlagen, der bringt uns am Ende das System in Wallungen, Sie kriegen es irgendwann nicht mehr zusammengefasst. Das ist sinnvoll, dass über diesen einen Weg – wir haben ja gestern so eine Diskussion bei so einer Einzellösung geführt, die dann irgendwie Vereinbarungen in Extra-Gesetzen findet –, ich glaube, dass dieser Weg über die Gesamtabwicklung in den FAG-Konnexitätsverpflichtungen des Landes ein guter ist, und würde den in der Tat wählen wollen.

[...] Wir gehen davon aus, dass Personalstärkungen erforderlich sein werden, ich würde aber, weil der Landkreis Vorpommern-Greifswald angesprochen war, darauf hinweisen, dass dort weniger Fragen, muss ich irgendwo mehr Personal einsetzen, sondern die in der Höhe nicht vorhergesehenen Personalkostensteigerungen für die tariflich Beschäftigten eine Rolle gespielt haben, ganz zentral, zweitens Energiepreissteigerungen, und dann habe ich natürlich im Investitionsbereich durchaus erhebliche Wallungen. Und die Mischung aus all dem hat den Landkreis Vorpommern-Greifswald ja bewogen, zu einem frühen Zeitpunkt mit einer Haushaltssperre zu reagieren, weil er sich ja immer noch in der Konsolidierungsvereinbarung befindet und auf keinen Fall die darin vorgesehenen Ziele am Jahresende gefährden möchte, damit er weiterhin die Schuldenhilfe aus dem FAG erhält. Von daher hat er da auch ein ganz spezielles Interesse, was ich gut nachvollziehen kann.



Ann Christin von Allwörden (CDU) stellt eine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Aus einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten René Domke nach geeigneten Bundesimmobilien für Flüchtlingsunterkünfte ist zu entnehmen, dass vom Land Mecklenburg-Vorpommern keine geeigneten Liegenschaften bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angezeigt wurden. Meine Frage ist: Aus welchen Gründen nicht?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dafür müsste man konkrete Ideen haben. Wir haben die Landkreise und kreisfreien Städte mehrfach eingeladen, wenn sie ihrerseits Kenntnis von Flächen haben, die sie möglicherweise Bundeseigentum zuordnen, die sie für gebrauchsfähig halten, uns ein Signal zu geben. Die hat es nicht gegeben und somit haben wir auch keine weitergeleitet. Wir selbst bewegen uns da mit unseren Erstaufnahmeeinrichtungen in uns bekannten Kontexten.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Können Sie beantworten, wie viele Immobilien vom Bund benötigt werden?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Unterbringung der Flüchtlinge ist ja Landesaufgabe und dann übers Flüchtlingsaufnahmegesetz an die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabe übergeben, sodass der Bund seinerseits, weil es da organisatorisch unterschiedliche Entscheidungen in den Ländern geben kann, nicht sagt, ihr braucht 70 oder 100, sondern deren Angebot war, dort, wo sie Flächen haben, uns die anzubieten.

Das haben sie an zwei Stellen getan. An den beiden Stellen – das ist auch der Kleinen Anfrage zu entnehmen – haben beide Landkreise das für keine geeigneten Immobilien erachtet, um darauf entsprechende Einrichtungen zu errichten. Und dann hängt es ganz stark von den jeweiligen individuellen Einordnungen vor Ort ab. Ich kann große und kleine Einrichtungen schaffen, ich kann sie zentral schaffen und dezentral. All das gibt der Bund nicht vor, sondern der Bund hat nur ein Angebot gemacht, ich unterstütze euch. Wir haben mit dem Bund lediglich an einer Stelle einen intensiveren Austausch gehabt.

Es gibt im Landkreis Vorpommern-Rügen mehrere schon länger genutzte Immobilien, die dem Bund zugehörig sind, bei denen er eigentlich gerne eine Beendigung hätte, und wir werben immer noch



Innenminister Christian Pegel beantwortet die Frage von Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dafür, diese Beendigung nicht vorzunehmen. Die wollen dort investieren, aber unser Eindruck ist, die Investition ist noch ein bisschen in der Pipeline weiter hinten ansässig, und wir bitten, diese Möglichkeit der Nutzung durch den Landkreis bis zum letzten Moment da aufrechtzuerhalten, weil dort durchaus Einrichtungen über längere Zeiträume etabliert sind und uns das sehr hilft, diese Verlängerung vornehmen zu können. Und da konnten wir, glaube ich, mit dem Bund einiges erreichen und werden da immer wieder dranbleiben. Da geht es aber vor allen Dingen darum, schon genutzte Immobilien weiter nutzen zu können. – Herzlichen Dank!

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nach Paragraph 3 des Entwurfs für ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz, der ja veröffentlicht worden ist, sollen Städte und amtsfreie Gemeinden im Rahmen ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit Beiräte oder vergleichbare Beteiligungsgremien für Kinder und Jugendliche einrichten.

(Petra Federau, AfD: Nein.)

Kindern und Jugendlichen soll dabei die Möglichkeit eröffnet werden, Beteiligungsgremien selbstorganisiert zu bilden.



Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach meinem Kenntnisstand soll auch das geplante Integrations- und Teilhabegesetz eine vergleichbare Regelung enthalten, und auch das Senior/-innenmitwirkungsgesetz soll entsprechend geändert werden. Jetzt ist es aber so, dass im Koalitionsvertrag, in Ziffer 365 heißt es, dass die Koalitionspartner verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten und Rechte von Beiräten, also Seniorinnen und Senioren, Behinderte, Kinder und Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten, ausbauen und den Kommunen dazu eigene Satzungsbefugnisse in der Hauptsatzung einräumen wollen.

Welche Änderung der Kommunalverfassung plant denn die Landesregierung, um die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, von Senior/-innen sowie von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, um eben diese Verbindlichkeit, die im Koalitionsvertrag angekündigt wird, tatsächlich zu realisieren?



Innenminister Christian Pegel

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was die Fachgesetze machen, müsste in den Fachgesetzen beantwortet werden. Wir können nur die Korrespondenz auf der kommunalverfassungsrechtlichen Seite anbieten. Am Ende des Tages wird dieses Hohe Haus entscheiden, wie das konkret aussieht. Wir würden nach längerem Vorberatungsprozess mit der kommunalen Familie und verschiedenen Beteiligten in der Kommunalverfassung erstmalig eine ausdrückliche Erwähnung von Beiräten vornehmen. Das war bisher schon unstrittig, dass Kommunen so etwas können. Wir würden es ganz ausdrücklich für diese Gruppen eröffnen.

Wir würden darüber hinaus den Kommunen in der kommunalen Selbstverwaltungshoheit vorschlagen, wir würden vorschlagen, dass den Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltungshoheit die Chance gegeben wird, in Hauptsatzungen weitergehende

Konkretisierungen vorzunehmen, wie ein Rederecht in Ausschüssen und der Gemeindevertretung/Stadtvertretung/Kreistag für die jeweiligen Vorsitzenden solcher Beiräte bis hin zu Antragsrechten. Aber keines davon ist eine Verpflichtung, sondern all das werden Möglichkeiten sein, in der Hauptsatzung Gestaltungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungshoheit vorzunehmen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sollen denn die Beteiligungsmöglichkeiten für die genannten Gruppen dann auch gleich ausgestaltet werden in der Kommunalverfassung, und, wenn nicht, inwiefern können Unterschiede gerechtfertigt sein aus Ihrer Sicht?

Minister Christian Pegel:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kommunalverfassung versucht ja bloß das Instrument an die Hand zu geben. Und das Instrument bleibt, was wir an die Hand geben, immer das Gleiche. Das heißt, es wird eine abstrakte Definition des Beirates geben und dann werden kommunale Beteiligte entscheiden, ob sie den a) so nennen wollen und b) einrichten wollen und ob sie die maximal möglichen Rechte einräumen wollen oder es anders gestalten. Und das können sie dann ihrerseits entscheiden, für welche Gruppen sie es tun, beziehungsweise werden sie in Fachgesetzen angeregt oder verpflichtet, es entsprechend zu handhaben. Auf der kommunalverfassungsrechtlichen Seite gibt es sozusagen nur das Instrument. Ob ich damit eine Klausur schreibe, hier Notizen mache oder ob ich damit an der Tafel irgendwas vorstelle und antippe, es bleibt immer der gleiche Kugelschreiber. Es bleibt sozusagen der Beirat, die rechtliche Gestalt ist nicht differenziert nach verschiedenen Nutzungen, sondern die würden dann der Fachgesetzgebung zu entnehmen sein.



David Wulff (FDP)

Foto: Uwe Sinnecker

David Wulff, FDP:

Der Bundesverkehrsminister hat ja ganz glorreich angekündigt in der Pressemitteilung, dass künftig die E-Kfz-Anmeldungen und -Abmeldungen für alle Bundesbürger in der Republik möglich sein sollen, und hat allerdings in einer Fußnote angefügt, die Umsetzung liegt aber bei den Ländern, und wenn es da nicht läuft, sollten wir mal nachfragen.

Das würde ich ganz gerne machen, insbesondere, wenn wir mal kurz vor dem Hintergrund sehen, wir haben ja knapp 900.000 Kfz-Zulassungen allein in Mecklenburg-Vorpommern, das betrifft also jeden hier bei uns, und es gab, gibt – und da geht jetzt meine Frage hin – ja eine Landeslösung, wo das ja bisher auch schon möglich gewesen sein soll. Also was soll jetzt mit dieser Landeslösung passieren? Soll auf die Bundeslösung umgeschwenkt werden oder wie ist da der Plan der Landesregierung?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl 900.000 kann ich weder bestätigen noch verneinen. Sie scheint mir bei 1,6 Millionen Einwohnern als Jahreszahl relativ viel. Aber ich schließe jetzt nichts aus, weil auch jede Ummeldung darunterfällt. Gleichwohl gibt es ja eine Menge Menschen, die ihr Fahrzeug im Zweifel länger behalten. Ich kann das aber nicht sagen. In der Sache

selbst bleibt es an der Stelle auch dabei, dass die Kommunen diese Maßnahmen umsetzen müssen. Wir können ihnen ein bisschen Unterstützung an die Hand geben.

Zweitens ist es ein stufenweises Vorgehen gewesen, das das Bundesverkehrsministerium gewählt hat. Es gab quasi eine erste Stufe, die liegt viele Jahre zurück, dann eine zweite, dritte und jetzt kommt die vierte, die quasi jetzt sagt, ab jetzt könnten alle von der GmbH über die Einzelperson entsprechend zugreifen. Und wir haben jetzt im Lande, weil es kommunale Aufgabe ist, sehr unterschiedliche Fachverfahren, die verwendet werden.

Ich brauche also jetzt, also die dahinterliegende Software ist unterschiedlich. Es gibt eine „Einer für Alle“-Lösung, die im Lande momentan nach meiner Erinnerung zwei verwenden, ob nun schon vorher oder jetzt erst aktuell durch das aufgesetzte Projekt eines anderen Bundeslandes, kann ich nicht beurteilen, und die größere Zahl verwendeter Fachverfahren, die zumindest nicht Gegenstand der „Einer für Alle“-Lösungen waren und trotzdem diese Möglichkeiten künftig bieten sollen.

Übersetzt ins Land, was heißt das? Ein Landkreis, Landkreis Rostock, ist mit seinem Fachverfahrensanbieter, weil der einfach entsprechend weit



David Wulff (FDP) richtet seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

war, bereits am Start. Das heißt, dort ist es bereits vollumfänglich möglich, die sogenannte Stufe 4, dieses E-Kfz umzusetzen. Der größere Teil, nämlich neun Anbieter, das sind Landkreise, können aber auch die großen kreisangehörigen Städte sein, weil die weiterhin Kraftfahrzeugzulassungsstellen haben, die befinden sich bei einem Anbieter, der die „Einer für Alle“-Lösung übernimmt. Die stecken in der Vorbereitung und dürften in den nächsten sechs bis acht Wochen so weit sein. Da hapert es vor allen Dingen daran, dass der Anbieter seinerseits eine Vielzahl von Abreden mit dem Bundesinnenministerium treffen muss. Da geht es darum, dass entsprechend die Bund-ID genutzt werden kann, also die mit dem Personalausweis verbundene Identifikationsmöglichkeit. Der muss offenbar Absprachen treffen mit dem Kraftfahrtbundesamt, die noch nicht endgültig abgeschlossen sind, und offenbar mit weiteren Dienstleistern, die benötigt werden. Da ist es also auf der Schlussgeraden.

Und zwei Landkreise pflegen einen dritten Fachverfahrensanbieter, das sind westliche Landkreise, die einen eigenen IT-Dienstleister haben, der das für sie umsetzt. Da kann ich Ihnen zum Zeithorizont nichts sagen, auch die sind auf dem Weg. Da kann ich aber nicht sagen, wo die Reise hingehet. Bei der größeren Zahl eben ist es im Übrigen der eGo-Zweckver-



Innenminister Christian Pegel

band, der das für die gemeinsam mit dem Fachverfahrensanbieter organisiert.

Unser Landesziel bleibt in der mittelfristigen Perspektive – aber darum können wir nur bitten und dazu einladen, mehr können wir da nicht tun –, alle auf das „Einer für Alle“-Verfahren, was im Rahmen genau wie unser digitaler Bauantrag von einem anderen Bundesland für alle entwickelt worden ist, umzustellen. Das wird aber am Ende davon abhängen, ob die kommunale Seite es möchte, zweitens, welche vertraglichen Bindungen die bei ihren jetzigen Produkten haben, und dann auch, ob sie es und in welcher Zeit umgesetzt und migriert bekommen. Das bleibt das langfristige Ziel.

Jetzt ist der Landkreis Rostock am Stecker, neun weitere sind kurz davor und für zwei ist das Signal, dass sie auch unmittelbar daran arbeiten.



Fotos: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der Schriftführer Michael Noetzel (DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Wulff, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP:

Ja, nur eine kurze: Plant denn die Landesregierung, finanzielle Anreize für die Landkreise beziehungsweise für die Kommunen zu schaffen, um auf die eFA-Lösung umzusteigen, also diese „Einer für Alle“?

Minister Christian Pegel:

Das Land hat in der Vergangenheit, wenn Umstiege stattfanden auf die „Einer für Alle“-Lösungen, immer auf die Bundesmittel deutlich hingewiesen, denn der Bund unterstützt, wenn ich eine „Einer für Alle“-Lösung übernehme, ganz nachhaltig auch die Einführung, genau wie wir anderen Bundesländern oder anderen Kommunen in anderen Bundesländern den digitalen Bauantrag implementieren wollen, helfen dürfen mit Bundesgeld, gilt das umgekehrt auch. Und das ist eigentlich die herzliche Einladung, diese Möglichkeiten des Bundesgeldes, die nicht mehr ewig bestehen, zu nutzen, aber auch dafür können wir eben nur werben.

Zweitens, es handelt sich um den übertragenen Wirkungskreis, da gilt das vorhin Ausgeführte zu den FAG-Regelungen. Und auch die IT-Lösungen sind in den FAG-Aufwendungen mit drin und werden also bereits abgegolten, und wenn sie sich erhöhen, werden auch die erhöht abgegolten. Es gibt sozusagen auch da eine längerfristige Sicherheit. Wir haben aber vor allen Dingen momentan für die Einführung – und die kann richtig Geld kosten – immer die Bundesmittel im Blick, und da haben wir alle gebeten, nutzt das Zeitfenster, um Bundesgeld noch nutzbar machen zu können.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 27. September 1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2084	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts	Wirtschafts- ausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2218	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben	Innenausschuss	1. Lesung: 13.06.2023 in Beratung
8/2302	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Vierter Medienänderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 11.07.2023 in Beratung
8/2331	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ELER-Fördergesetz – LEFG M-V)	Agrarausschuss	1. Lesung: 11.07.2023 in Beratung
8/2553	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften im Bereich der Sozialen Entschädigung in Mecklenburg-Vorpommern	Sozialausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2590	Landes- regierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Standarderprobungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2591	Landes- regierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2593	Landes- regierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes	Wissenschafts- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2594	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Landesjagdrechts	Agrarausschuss	1. Lesung: 20.09.2023 in Beratung
8/2598	AfD	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 20.09.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2599	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 20.09.2023

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 20. September 2023 entschieden | Stand: 27. September 2023

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/2085	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesstiftungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 10.05.2023 2. Lesung: 20.09.2023	Annahme
8/2092	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Landesgehörlosengeld (Landesgehörlosengeldgesetz – LGIGG M-V)	AfD	1. Lesung: 13.06.2023 2. Lesung: 20.09.2023	Ablehnung
8/2344	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes	CDU	1. Lesung: 11.07.2023 2. Lesung: 20.09.2023	Ablehnung
8/2348	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	CDU	1. Lesung: 11.07.2023 2. Lesung: 20.09.2023	Ablehnung

Die Parlamentarische Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern auf Reisen

Foto: Eberhard Hoppe



Mitglieder der Parlamentarischen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern mit der Landtagspräsidentin von Schleswig-Holstein, Kristina Herbst.

Die jährliche Informationsreise der Parlamentarischen Vereinigung, des Vereins ehemaliger Abgeordneter, außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern führte vom 26. September bis 29. September 2023 in das Nachbarbundesland Schleswig-Holstein.

Die Reise begann in Lübeck mit dem Besuch des Willy-Brandt-Hauses und des Günter-Grass-Museums. Zwei Nobelpreisträger in unmittelbarer Nachbarschaft.

Am 2. Tag stand ein Besuch im Landtag von Schleswig-Holstein auf dem Programm. Nach einer intensiven Gesprächsrunde mit Landtagspräsidentin Kristina Herbst, folgte eine Führung durch das Landeshaus inklusive des Plenarsaals. Anschließend ging die Fahrt weiter nach Husum. Dort stand am 28. September, eine Fahrt zur Insel Pellworm an.

Unter dem Motto „Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“ erlebten die Mitglieder eine interessante Führung über die Insel. Am Nachmittag fand noch ein Besuch in der „Schutzstation Wattenmeer Pellworm“ statt.

Den Abschluss dieser Reise bildete auf der Heimfahrt ein Besuch der Seehundstation Friedrichskoog.

Besuch aus Sachsen- Anhalt

Austausch unter den Mitgliedern der Petitionsausschüsse / Beratung von Petitionen zu Radweg, Hecke und der Situation blinder sowie taubblinder Menschen



Die Delegation aus Sachsen-Anhalt zusammen mit dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses Thomas Krüger (Mitte). Delegation v.l.n.r.: Abg. Maximilian Gludau (FDP), Abg. Elrid Pasbrig (SPD), Abg. Monika Hohmann (DIE LINKE), Abg. Angela Gorr (CDU), Abg. Nadine Koppehel (AfD), Abg. Dorothea Frederking (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

■ An der Sitzung des Petitionsausschusses am 13. September nahm eine Delegation aus Sachsen-Anhalt teil. Der Delegation gehörten die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Monika Hohmann, die stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Angela Gorr, sowie vier weitere Abgeordnete des Petitionsausschusses an. Die Delegation kam nach Schwerin, um sich mit dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten auszutauschen.

Nachdem der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Thomas Krüger, die Delegation in Empfang genommen hatte, eröffnete er die 34. Sitzung des Petitionsausschusses, bei der zunächst eine Petition erörtert wurde, die den Neubau bzw. die Erweiterung einiger Rad- und Fußwege in und um den Wohnort des Petenten herum zum Gegenstand hat. Die hierzu geladenen Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Straßenbauamtes Schwerin und der betroffenen Kommune äußerten, dass Teile der gewünschten Wege bereits in Planung seien und zeitnah mit dem Ausschreibungsverfahren begonnen werden solle. Bei der vom Petenten gewünschten Radtrasse über eine ehemalige Eisenbahnbrücke sei hingegen dargestellt worden, dass die zuständige Kommune nicht beabsichtige, diese Verbindung als Radweg auszubauen. In diesem Zusammenhang hat sich noch weiterer Klärungsbedarf hinsichtlich der Pflege und Instandhaltung der Brücke ergeben. Daher wird sich der Petitionsausschuss

nach weiterer Sachverhaltsaufklärung zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit dem Anliegen des Petenten befassen.

In dem dann folgenden Tagesordnungspunkt setzte sich der Petitionsausschuss mit der Situation blinder und hochgradig sehbehinderter sowie taubblinder Menschen auseinander. Die Petenten fordern angesichts der starken Inflation eine verbesserte finanzielle Unterstützung der Betroffenen in Form einer Dynamisierung des Landesblindengeldes sowie der Einführung eines Taubblindengeldes. Hierzu nahm eine Vertreterin des Sozialministeriums Stellung. Diese lehnte eine Dynamisierung aus verschiedenen Gründen ab. So handele es sich beim Landesblindengeld um eine freiwillige Leistung des Landes. Zudem liege die Höhe des Landesblindengeldes im Ländervergleich im mittleren Bereich. Zusätzlich seien die bestehenden Hilfsangebote für Blinde und Taubblinde ebenfalls sehr umfangreich. Auch wegen der angespannten Haushaltslage und der bestehenden Schuldenbremse seien eine Dynamisierung des Landesblindengeldes sowie die Einführung eines Taubblindengeldes nicht umsetzbar. Die Ausschussmitglieder konnten im Ergebnis der Beratung den Standpunkt des Ministeriums zum derzeitigen Zeitpunkt nachvollziehen, vertraten darüber hinaus aber die Auffassung, dass die Problematik angesichts weiterer Entwicklungen sowohl im technischen als auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich regelmäßig neu zu bewerten sei. Daher beschloss der Petitions-

ausschuss dem Landtag zu empfehlen, die Petition an die Landesregierung zu überweisen, um auf das Anliegen der Petenten besonders aufmerksam zu machen.

Im Weiteren wurde eine Petition beraten, zu der vom Ausschuss beauftragte Abgeordnete am Vortag einen Ortstermin durchgeführt hatten. Bei diesem wurde festgestellt, dass die Grundstücksbepflanzung im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen nicht den Vorgaben der Innenbereichssatzung entspricht, die eine Bepflanzung mit einheimischen Sträuchern und Bäumen vorsieht. Hier wurde jedoch eine Lebensbaumhecke gepflanzt, die mittlerweile eine Höhe von etwa acht Metern erreicht hat und für eine erhebliche Beeinträchtigung der Nutzung des Nachbargrundstückes sorgt. Da bei dem Treffen keine Einigung erzielt werden konnte, verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, die zuständige Gemeinde zu bitten, Maßnahmen zu ergreifen, um den Konflikt zu lösen.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung tauschten sich die Ausschussmitglieder beider Petitionsausschüsse über die Verfahrensweisen bei der Bearbeitung von Petitionen aus. Dieser Dialog wurde in weiteren Gesprächen mit der Präsidentin des Landtages von MV und dem Bürgerbeauftragten des Landes MV fortgesetzt.



Kern des Schweriner Residenzensembles ist das Schweriner Schloss mit seiner Orangerie.

Foto: Timm Allrich

Schwerins Residenzensemble im Welterbe-Vergleich

Warum die Landeshauptstadt den Vergleich mit Paris, London und Budapest wagt

■ An 1.159 Stätten in 167 Ländern prangt die Weltkulturerbe-Plakette der UNESCO. Im Jahr 2024 könnte die Landeshauptstadt Schwerin die Liste mit ihrem Residenzensemble bereichern und in einer Reihe mit Kulturdenkmälern aus Paris, London und Budapest stehen. Das zeigt ein Blick in die internationale Vergleichsanalyse von Bauhistoriker Dr. Paul Sigel, die er am 6. September im Innenhof des Schweriner Schlosses im Rahmen der Veranstaltungsreihe "AufgeSCHLOSSen" präsentierte.

Als Zeugnis absoluter Herrschaft imponiert die größte Palastanlage Europas – Versaille in der Nähe von Paris. Der Tower of London verteidigt seinen Ruf als berühmteste Festung des Planeten – neben drei weiteren Welterbestätten in der britischen Hauptstadt. Und die Krönung Karls V. zum deutschen Kaiser beeindruckt in der 600-jährigen Geschichte der Königskrönungen im Aachener Dom. Das Schweriner Residenzenensemble tritt den Vergleich mit historisch bedeutenden Orten der Macht an.

„Unser Ensemble ist einzigartig, deshalb können wir selbstbewusst sein, egal wie die Entscheidung im nächsten Jahr ausgeht“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Mit dabei sind Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, der

Vorsitzende des Welterbe Schwerin Fördervereins e. V. Joachim Brennecke und der Bauhistoriker Dr. Paul Sigel. Der Vortragsabend zum aktuellen Stand der Welterbe-Bewerbung im Innenhof des Schweriner Schlosses startete die Kulturreihe „AufgeSCHLOSSen“. Zwei Musikerinnen des Jugendsinfonieorchesters (JSO), Botschafter des Schweriner Erbes, begleiteten den Abend musikalisch.

Die Landeshauptstadt bewirbt sich mit ihrem mehr als 200 Jahre gewachsenen Residenzensemble der mecklenburgischen Großherzöge um den Welterbestatus. Im Mittelpunkt der komplexen Infrastruktur mit insgesamt 38 Objekten stehen das Schloss mit seinen umgebenden Gärten und Parks, der Dom, die Regierungsgebäude, das Mecklenburgi-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

sche Staatstheater, das Staatliche Museum, mehrere Stadtpalais und herzogliche Kasernen sowie Häuser von Hoflieferanten.

Wie stark das Ensemble auf die Unesco-Vorgaben zum Welterbe einzahlt, verdeutlicht in der Bewerbung um den Titel der Outstanding Universal Value (OUV), wie Kunst-, Architektur- und Städtebauhistoriker Dr. Paul Sigel erklärt. Der zentrale Wert beschreibt die außergewöhnliche universelle Bedeutung des Ensembles für die Welt. Diese Bedeutung muss die Landeshauptstadt anhand von festgelegten Kriterien wissenschaftlich vorlegen und begründen.

Warum ist Schwerin ein Musterbeispiel für Zentrum und Ausdruck politischer Macht? Beispielsweise zeugen das besonders gut erhaltene architektonische Ensemble in verschiedenen Baustilen sowie in seiner Architektur Dr. Paul Sigel zufolge von der untergegangenen Monarchie in Form des Hauses Mecklenburg Schwerin. Diese Tradition ist noch heute an den zahlreichen Monogrammen, Wappen oder Symbolen erkennbar, wie der Spezialist an verschiedenen Beispielen verdeutlicht. Etwa an der Niklot-Statue im Schloss, an der Grablage in der Schelfkirche und dem Dom. Auch das original erhaltene Thronappartement bestehend aus Thronsaal, Ahnen- und Schlössergalerie steht für den monarchischen Wohnsitz und gleichzeitig als Denkmal der Dynastie.

Wird Schwerin im Jahr 2024 Weltkulturerbe?

Das „Residenzenensemble Schwerin“ befindet sich auf dem Weg zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbe-Liste in der finalen Phase. Noch zweimal darf die Landeshauptstadt ihr Bewerbungsdossier bis Februar 2024 nacharbeiten – obwohl das 250-seitige Papier bereits seit Monaten bei der Unesco in Paris vorliegt. Ein übliches Verfahren wie das Beispiel Darmstadt zeigt: Mit rund 300 Seiten Er-



Im Innenhof des Schweriner Schlosses präsentierte der Bauhistoriker Dr. Paul Sigel die Qualitäten der Schweriner Bewerbung.



Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, Bauhistoriker Dr. Paul Sigel, Joachim Brennecke (Welterbe Schwerin Förderverein e. V.), Moderator Norbert Bosse



Bauhistoriker Dr. Paul Sigel



Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier

gänzung errang die Stadt im Juli 2021 das Qualitätssiegel für seine „Mathildenhöhe“. Ob das Schweriner Residenzenensemble der mecklenburgischen Herzöge den Ansprüchen genauso genügt, kontrollierte ein Gutachter der Unesco bei seinem Sommerbesuch in der Landeshauptstadt. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich im Sommer 2024 gefällt.

Schwerin for locals

Wie kann man mehr erfahren über die Schweriner Welterbe-Bewerbung? Zum Beispiel beim kostenlosen Welterbe-Rundgang für alle Schwerinerinnen und Schweriner - Schwerin for locals - immer am ersten Sonntag im Monat, Treffpunkt um 14 Uhr vor der Tourist-Information.

„Was wollt Ihr eigentlich?“ Musik und Politik!

aufgeSCHLOSSen #mitmischenMV im Schweriner Schloss



v.l.n.r.: Sabrina Repp, Anna Jahn (beide nichtparlamentarische Mitglieder der Enquete-Kommission), Mandy Pfeifer (MdL und Obfrau SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission), Sayed Hashimi (nichtparlamentarisches Mitglied), Michel Schiefler (MdL) und Moderatorin Minna Liebmann

■ Was wollt Ihr eigentlich? fragt die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ junge Menschen, um MV für sie lebens- und liebenswerter zu gestalten. So auch am 13. September 2023 bei der Veranstaltung „Musik und Politik“ im Innenhof des Schweriner Schlosses.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte in ihrer Begrüßungsrede, wie wichtig es sei, junge Menschen in politische Entscheidungen einzubinden und sie zu beteiligen. Sie appellierte an die jungen Gäste der Veranstaltung, bei der Enquete-Kommission und dem Beteiligungsprozess #mitzumischenMV auch tatsächlich mitzumischen. Dies sei eine große Chance sich einzubringen und Gehör zu finden. Vielleicht sei die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ nicht einmalig, aber in ihrer jetzigen Form sicher einzigartig. Die Angebote der Enquete-Kommission seien gelebte Demokratie.

Neben politischen Gesprächen mit parlamentarischen und nichtparlamentarischen Mitgliedern der Kommission, in denen die Arbeit und bisherige Erkennt-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der Vorsitzende der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ Christian Winter

nisse aber auch bestehende Herausforderungen in der Kommission diskutiert wurden, ging es auch darum, zu zeigen, dass politische Arbeit Spaß machen kann. Dafür sorgten die Bands Luna Soul und Les Bummms Boys mit tollen musikalischen Auftritten. Auch für das leibliche Wohl war mit Freigetränken von der MISCHBAR und einer Bratwurst vom Würstchenfahrrad gesorgt.

Natürlich bestand auch die Möglichkeit sich an einem Informationsstand über die Arbeit der Enquete-Kommission zu informieren sowie Wünsche und Mei-



Tänzer der Tanzschule Schlebusch begeisterten auf der Bühne.

nungen zu formulieren. Dies war sowohl schriftlich als auch mittels Graphic-Recording möglich. Eine Künstlerin aus Rostock setzte hierfür Meinungen, Wünsche und Anregungen der Besucher bildhaft um.

Auf die Frage – Was wollt ihr eigentlich – war der Wunsch nach besserem Wetter lange auf Platz 1. Glücklicherweise ließ der Regen irgendwann nach.

Der Abend zeigte, dass Politik Spaß machen kann, spannend ist und für verschiedene Meinungen und Ideen offen ist. So bildete „Musik und Politik“ einen gelungenen Abschluss für die Veranstaltungsreihe „aufgeSCHLOSSen – Eine Bühne in MV“.



Foto: Landtag MV

Ende September fand die erste Jugendkonferenz der Enquete-Kommission „Jung sein MV“ in Kooperation mit dem Jugendamt Vorpommern-Rügen in Prora statt.

Reif für die Insel

Erste Jugendkonferenz der Enquete-Kommission in Prora auf Rügen

■ Vom 22. Bis zum 24. September 2023 lud die Enquete-Kommission „Jung sein MV“ in Kooperation mit dem Jugendamt Vorpommern-Rügen unter dem Motto „Reif für die Insel“ zur 1. Jugendkonferenz nach Prora auf die Insel Rügen ein. Dabei stand das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit den 42 Teilnehmenden wurde in verschiedenen Workshops zu Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen gearbeitet. Wie können Meinungen, Erfahrungen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen zukünftig besser gehört und im politischen Raum berücksichtigt werden? Prora mit seiner bewegten und zugleich mahnenden Vergangenheit war der perfekte Ort um an diesen zentralen Zukunftsfragen zu arbeiten.

Der Freitagabend bot die Gelegenheit sich bei lockeren Gesprächen am Lagerfeuer ein wenig besser kennenzulernen. In den vier Workshops setzten sich die Teilnehmenden mit dem Gesetzentwurf des Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes, Beteiligung in der Freizeit und in

der Schule, sowie dem Masterplan – Schule für Bildung für nachhaltige Entwicklung – auseinander. Am Nachmittag gab es die Gelegenheit, sich mit einigen extra angereisten Mitgliedern der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ auszutauschen. Natürlich kam auch der Spaß nicht zu kurz, sodass der Abend mit Musik, Grillwurst und Marshmallows gemütlich ausklang.

Mit dem obligatorischen Gruppenfoto am Strand von Prora startete die Jugendkonferenz in ihren dritten und letzten Tag. Dieser bot die Gelegenheit, Ergebnisse aus den Workshops vorzustellen und gemeinsam darüber zu diskutieren. In Videos und Fotocollagen wurde sich den einzelnen Themen genähert. Dabei ging es um „verschlungene Pfade“ der Beteiligung oder innovative „Komplettlösungen“ für Beteiligung in der Schule.

Auch die Frage, wie aus gescheiterter, richtig gute Beteiligung werden könne, wurde intensiv diskutiert. Die gesammelten Ideen, Wünsche und Meinungen wurden dabei an die Mitglieder der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ adressiert. Wer mehr dazu erfahren möch-

te, kann sich auf www.mitmischen-mv.de oder auf Instagram bei #mitmischenMV informieren. Die 1. Jugendkonferenz zeigte, wie fokussiert, ernsthaft und engagiert sich junge Menschen für die Belange ihrer Generation einsetzen wollen und auch können. Dies gelingt nur mit umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten.

Daher gilt der Dank der Jugendherberge Prora, dem Jugendamt Vorpommern-Rügen, der Landesarbeitsgemeinschaft „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, sowie allen weiteren Beteiligten, die bei der erfolgreichen Gestaltung der 1. Jugendkonferenz der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ mitgewirkt haben. Schon jetzt starten die Vorbereitungen für die nächste Jugendkonferenz zum Thema Bildung, die im Frühjahr 2024 im Landkreis Rostock stattfinden wird.



Volker Janke vom Freilichtmuseum Mueß führte in die Welt der Bienen ein.

Besuch bei den Schlossbienen

Ein faszinierender Tag für Schülerinnen und Schüler

■ Am 7. September stand der Tag der AufgeSCHLOSSen-Reihe im Zeichen der Biene.

Volker Janke vom Freilichtmuseum Mueß begeisterte die Schülerinnen und Schüler mit einer Einführung im Innenhof. Danach tauchten die jungen Gäste ein in den beeindruckenden Dokumentarfilm „Tagebuch einer Biene“, der die abenteuerliche Reise der Biene vom Schlüpfen bis hin zur Gründung eines neuen Bienenvolkes zeigt.

Faszinierende Aufnahmen, die zu jeder Menge Fragen und einem großen Interesse an den Schlossbienen führten: Wieso ist die Königin größer als die anderen? Warum gibt es nur eine Königin und wie entsteht eigentlich eine Köni-



Bienenwabe der Schlossbienen

gin? Imker Stefan Diedrich beantwortete alle Fragen der Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Heine-Schule in Schwerin und begeisterte vor allem mit seinem Fachwissen: „Für ein Glas Honig fliegt die Biene im Grunde zwei Mal um die Welt.“ Gut 80.000 km legt sie zum Eintragen des Nektars zurück – eine beeindruckende Leistung des ältesten menschlichen Nutztiers der Welt.

Um die Biene als Indikator für den Zustand der Natur zu würdigen und das



Imker Uwe Diedrich erklärt die Besonderheiten der Bienenstöcke auf der Nordbastion des Schweriner Schlosses.

Bewusstsein für sie zu stärken, betreibt der Landtag seit 2017 mehrere Bienenstöcke am Schweriner Schloss. Der jährliche Honig wird als Geschenk für Gäste des Landtages genutzt. In diesem Jahr produzierten die Bienen einen Überschuss von ca. 50 kg Honig. Dabei wurden 15 kg auf dem Schlosstdach und 35 kg auf der Nordbastion gesammelt. Gut 20 kg pro Volk bleiben in den Beuten, damit die Bienen auf ihrem eigenen Honig überwintern können.



Alle Teilnehmenden des Beteiligungsprojektes "Jugend fragt nach" mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Sozialministerin Stefanie Drese.

Fotos: Landesjugendring MV e. V.

Jugend fragt nach 2023

Jugendliche diskutieren ihre Themen mit Abgeordneten des Landtages

■ Unter dem Motto #jfn2023 – wir sind wieder da! haben rund 40 Jugendliche vom 11. bis 13. September 2023 die Gelegenheit genutzt, um ihre Themen mit Abgeordneten des Landtages MV zu diskutieren. „Jugend fragt nach ist eine ganz besondere Veranstaltung, bei der ich den Austausch zwischen Jugendlichen und Abgeordneten begrüße, denn Demokratie muss lebendig sein.“ eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Veranstaltung. „Jugend fragt nach greift die Themen von Jugend im Landtag im Vorjahr auf. Den Politikerinnen und Politikern sollen die dort diskutierten Belange wieder vor Augen geführt werden. Gleichzeitig wird geprüft, was seit dem letzten Jahr parlamentarisch passiert ist.



Junge Erwachsene im Gespräch mit Abgeordneten der Fraktion AfD



Die Abgeordneten der CDU beantworten die Fragen der Jugendlichen.

Die Veranstaltung lebt von den teilnehmenden Jugendlichen, die aus ganz MV kommen und verschiedene Blickwinkel, regionale Probleme und unterschiedliche Lebensrealitäten mitbringen.“, so Max Kachel, Landeskoordinator des Teilnetzwerkes Mecklenburg-Vorpommern.

In vier verschiedenen Workshops schauten die Jugendlichen auf die Forderungen, welche im Vorjahr entstanden sind, und entwickelten Visionen für eine jugendgerechte Politik in MV. In diesem Jahr beschäftigten sie sich mit den Themen Digitalisierung an Schulen, Öffentlicher Personennahverkehr sowie Öffentlicher Raum und Orte für junge Menschen in Tourismuszentren. Außerdem untersuchte eine Gruppe den Entwurf des für 2024 geplanten Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes und verfasste Anmerkungen, um sie an die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ weiterzuleiten. Am letzten Veranstaltungsabend wurden die Ideen der Jugendlichen im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters vorgestellt. Unterstützt wurden die Teilnehmenden bei der Abschlusspräsentation von der Theaterpädagogin Sarah Gerke. Mit einer kleinen Theatergruppe entwickelte sie ein performatives Rahmenprogramm für den Dialog zwischen Teilnehmenden und Abgeordneten der Landtagsfraktionen.

Daniel und Sara aus Plau am See fanden die Veranstaltung sehr bereichernd.



Die Teilnehmenden des Workshops Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz.



Abgeordnete der Fraktion SPD fragen welche Themen die Jugendlichen bewegen.



David Wulff von der Fraktion FDP stellt sich den jugenden Erwachsenen vor.



Hannes Damm (Mitte) und Constanze Oehlich (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterhalten sich mit den Jugendlichen.



Steffi Pulz-Debler (re., Fraktion DIE LINKE) im Gespräch mit einer Teilnehmerin.

Und Maxim aus Ribnitz-Damgarten hat es gut gefallen, dass man mit jeder Person ausführlich reden und Diskussionen führen konnte. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass Lösungsvorschläge, die im vergangenen Jahr gemeinsam mit Abgeordneten des Landtages erarbeitet worden sind, inzwischen auch umgesetzt worden wären. Hier wünschen sich die Jugendlichen, dass Zusagen, die

durch die Abgeordneten gemacht werden, auch eingehalten werden. Gemeinsam mit den Jugendlichen möchten der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern und das Beteiligungsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern die Forderungen aus der Veranstaltung weiterverfolgen. Vom 16. Bis 19. April 2024 werden junge Menschen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern wieder im Landtag sein, um ihre Belange bei Jugend im Landtag in die Politik einzubringen. Jugend im Landtag und Jugend fragt nach sind Jugendbeteiligungsprojekte in Kooperation des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern e. V. und des Landtags Mecklenburg-Vorpommern.

Hintergrund

Bereits seit dem Jahr 2000 ermöglichen in MV der Landtag und der Landesjugendring gemeinsam, dass alle zwei Jahre junge Menschen eigene Themen, Ideen und Erfahrungen in den Landtag einbringen. Gemeinsam denken, diskutieren, gestalten, entwickeln, formulieren die Jugendlichen im Schloss Schwerin, dem Sitz des Landtages, ihre Ideen und Forderungen für ein jugendgerechtes MV und besprechen diese kreativ und konstruktiv mit Abgeordneten des Landtages.

Im Folgejahr von Jugend im Landtag veranstalten der Landesjugendring MV und der Landtag MV gemeinsam Jugend fragt nach. Ca. 35 Jugendliche greifen an drei Tagen wesentliche Forderungen von Jugend im Landtag des Vorjahres auf, bringen neue aktuelle Themen mit ein und diskutieren ihre Standpunkte mit Abgeordneten im Landtag. Im Rahmen von Workshops können sie Erfahrungen und Meinungen austauschen, wichtige Infos zu ihren Themen sammeln und gemeinsam Fragen und Lösungsansätze entwickeln.

Zum Ende des Projekts können sie im direkten Dialog mit Abgeordneten ihre Standpunkte, Ideen und Forderungen deutlich machen, die Ansichten und Absichten der Abgeordneten kennenlernen und ggf. sogar mit ihnen Verabredungen zur weiteren Bearbeitung der Themen treffen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Probleme, Fragen, Ideen und Anregungen der Jugendlichen. D

amit ein solcher Austausch von Ideen und Gedanken auf Augenhöhe gelingen kann, sind Jugendliche von Anfang an in die Planung des Projektes einbezogen.



www.ljrmv.de/jfn-2023

Preisverleihung

Geschichtswettbewerb
des Bundespräsidenten
im Landtag MV

Seit einem halben Jahrhundert bietet der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten talentierten jungen Menschen die Gelegenheit, die Geschichte ihrer Region zu erkunden und ihre Erkenntnisse mit anderen zu teilen. Der diesjährige Wettbewerb stand unter dem Motto „Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte“. Am 24. Oktober fand die Preisverleihung im Plenarsaal des Landtag MV statt.

„Ich gratuliere herzlich zum 50. Jubiläum eines Wettbewerbs, der aus meiner Sicht wie kaum ein anderer junge Menschen mit unserem demokratischen Gemeinwesen vertraut macht“, eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Preisverleihung.

Sechs Monate lang befassten sich Kinder und Jugendliche intensiv mit der Geschichte ihres Heimatdorfes oder ihrer Heimatstadt. Sie arbeiteten vergangene Entwicklungen heraus und entdeckten unbekannte oder in Vergessenheit geratene Dinge. Manches steht im Zusammenhang mit weltgeschichtlichen Ereignissen, anderes bleibt sehr lokal. Beides ist wertvoll.

„Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiteten sich, was oft vor sehr langer Zeit geschah. Sie verstehen über den Blick zurück Dinge, die bis heute von Be-

Förderpreise

„Wohnen in der Geschichte: 6 Balkone“

Juno Kolmorgen (Rostock)

„Die Cordsche Villa“

Amelie Schatschneider, Felix Bartsch,
Kira Klawitter, Phil-Mico Kresse
(Rövershagen)

Landessiege

„Sozialer Wohnungsbau –
eine immerwährende Aufgabe“

4. Klasse Kollwitz

Grundschule Greifswald

„Die Spuren deutscher Geschichte
in einer Siedlung in Dömitz“

Merle Schicht (Dömitz)



Fotos: Claudia Höhne

Alle Preisträgerinnen und Preisträger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten aus Mecklenburg-Vorpommern.



Die Preisverleihung fand im Plenarsaal des Schweriner Schlosses statt.



v.l.n.r. Tom Michael Scheidung (Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung des Landes MV), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Dr. Lothar Dittmer (Vorstandsvorsitzender der Körber-Stiftung), Laura Wesseler (Programmleiterin Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten)

lang sind. Die Kinder und Jugendlichen können vergleichen und ein Gespür dafür entwickeln, wo wir heute stehen und welche Kraft es unsere Gesellschaft bis hierher gekostet hat“, fasste Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Beiträge zusammen.

Die jungen Nachwuchshistoriker und Nachwuchshistorikerinnen sind tief in die Vergangenheit des Wohnens in MV eingetaucht. Sie beleuchteten vielschichtige Aspekte, von den historischen Entwicklungen in Dömitz bis hin zum sozialen Wohnungsbau und gingen dabei weit über bloße Grundlagen hinaus. Die Förder- und Gruppenpreise sowie die Ehrung der Landessiegerinnen und Landessieger gingen an engagierte junge Menschen, die viel Arbeit und Herzblut in ihre Projekte gesteckt haben!

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten wird in Deutschland seit 1973 durch die Körber-Stiftung durchgeführt. Ziel des Wettbewerbs ist es, dass sich junge Menschen mit der Geschichte Deutschlands auseinandersetzen.



Gemütliche Atmosphäre im Schlossinnenhof für besinnliche Stunden.



Fotos: Archiv/büro v.i.p.



Foto: Archiv/Reinhard Klawitter

Innenhof des Schlosses erstrahlt im Lichterglanz

Höfische Weihnacht öffnet in diesem Jahr vom 8. bis 17. Dezember
Am 14. Dezember ist die Weihnachtsfeier des Landtages

■ Es weihnachtet wieder im Innenhof des Schweriner Schlosses: Vom 8. bis 17. Dezember öffnet hier die Höfische Weihnacht ihre Türen. Dann ist Zeit für Lichter und Musik, für Leckerbissen, Glühwein und ganz viel Weihnachtsstimmung. Am 14. Dezember lädt Landtagspräsidentin Birgit Hesse zahlreiche Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen des Landes zur traditionellen Weihnachtsfeier des Landtages ein.

Besucher der zurückliegenden Jahre wissen: An jedem Markttag gibt es eine oder mehrere Kultureinlagen. Fürs Programm bereits avisiert sind die Drehorgelspieler des mecklenburgischen Drehorgelorchesters, die wunderbare Weihnachtslieder aus ihren Instrumenten kurbeln. Ebenfalls wieder dabei: die Bläser des Posaunenwerks und die Schweriner Band Sconehead, Danny Buller mit ei-

nem Schlagerprogramm, Steffen Salow und Band und die Gruppe MeckAlp, die mit ihren Alphörnern Musik aus den Bergen ins flache Land holt.

Geöffnet ist täglich von 11 bis 21.30 Uhr. Der Eintritt für Menschen ab 18 Jahren beträgt zwei Euro, alle die jünger sind, zahlen nichts. Das Geld dient der Finanzierung des Kulturprogramms, außerdem können alle diejenigen, die über das Eintrittsbändchen verfügen, die Toiletten vor dem Gartenportal des Schlosses kostenlos nutzen.

Von Montag bis Freitag ist der Eintritt zwischen 11 und 14 Uhr frei. Das macht die Höfische Weihnacht ganz sicher zu einem Anziehungspunkt für alle, die hier die Mittagspause verbringen wollen. Das geht sogar mit einem Glühwein, denn den gibt es hier auch in der alko-

holfreien Variante. Das Heißgetränk Nummer 1 der Weihnachtszeit kommt auf der Höfischen Weihnacht in den Varianten Rot und Weiß direkt vom Winzer.

Eine weitere Besonderheit der Höfischen Weihnacht: Hier lassen sich Tische, Essen und Getränke vorbestellen. Das sichert zur gewünschten Zeit auf jeden Fall einen Platz in einem der Zelte, in dem dann Platten und Getränke bei der Ankunft auf dem Tisch bereitstehen. Vorbestellt werden können zum Beispiel Käseplatten und Platten mit Spezialitäten von der Mecklenburger Landpute, Heißgetränke gibt es in der Pumpkanne. Reservierungen sind zum Beispiel auf der Seite www.höfische-weihnacht.de möglich. Im vergangenen Jahr fanden so im Innenhof des Schlosses gleich mehrere Weihnachtsfeiern statt.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2024

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1. Mo Neujahr	1. Do	1. Fr	1. Mo Ostermontag	1. Mi Tag der Arbeit	1. Sa	1. Mo	1. Do	1. So Wehrtage	1. Di	1. Fr Allerheiligen	1. So 1. Advent
2. Di	2. Fr	2. Sa	2. Di	2. Do	2. So	2. Di	2. Fr	2. Mo	2. Mi	2. Sa Allerseelen	2. Mo
3. Mi	3. Sa	3. So	3. Mi	3. Fr	3. Mo	3. Mi	3. Sa	3. Di	3. Do	3. So	3. Di
4. Do	4. So	4. Mo	4. Do	4. Sa	4. Di	4. Do	4. So	4. Mi	4. Fr	4. Mo	4. Mi
5. Fr	5. Mo	5. Di	5. Fr	5. So	5. Mi	5. Fr	5. Mo	5. Do	5. Sa	5. Di	5. Do
6. Sa	6. Di	6. Mi	6. Sa	6. Mo	6. Do	6. Sa	6. Di	6. Fr	6. So	6. Mi	6. Fr
7. So	7. Mi	7. Do	7. So	7. Di	7. Fr	7. So	7. Mi	7. Sa	7. Mo	7. Do	7. Sa
8. Mo	8. Do	8. Fr	8. Mo	8. Mi	8. Sa	8. Mo	8. Do	8. So	8. Di	8. Fr	8. So 2. Advent
9. Di	9. Fr	9. Sa	9. Di	9. Do	9. Mo	9. Di	9. Fr	9. Mo	9. Mi	9. Sa	9. Mo
10. Mi	10. Sa	10. So	10. Mi	10. Fr	10. Mo	10. Mi	10. Sa	10. Di	10. Do	10. So	10. Di
11. Do	11. So	11. Mo	11. Do	11. Sa	11. Di	11. Do	11. So	11. Mi	11. Fr	11. Mo	11. Mi
12. Fr	12. Mo	12. Di	12. Fr	12. So	12. Mi	12. Fr	12. Mo	12. Do	12. Sa	12. Di	12. Do
13. Sa	13. Di	13. Mi	13. Sa	13. Mo	13. Do	13. Sa	13. Di	13. Fr	13. So	13. Mi	13. Fr
14. So	14. Mi	14. Do	14. So	14. Di	14. Fr	14. So	14. Mi	14. Sa	14. Mo	14. Do	14. Sa
15. Mo	15. Do	15. Fr	15. Mo	15. Mi	15. Sa	15. Mo	15. Do	15. So	15. Di	15. Fr	15. So 3. Advent
16. Di	16. Fr	16. Sa	16. Di	16. Do	16. Mo	16. Di	16. Fr	16. Mo	16. Mi	16. Sa	16. Mo
17. Mi	17. Sa	17. So	17. Mi	17. Fr	17. Mo	17. Mi	17. Sa	17. Di	17. Do	17. So	17. Di
18. Do	18. So	18. Mo	18. Do	18. Sa	18. Di	18. Do	18. So	18. Mi	18. Fr	18. Mo	18. Mi
19. Fr	19. Mo	19. Di	19. Fr	19. So	19. Mo	19. Fr	19. Mo	19. Do	19. Sa	19. Di	19. Do
20. Sa	20. Di	20. Mi	20. Sa	20. Mo	20. Do	20. Sa	20. Di	20. Fr	20. So	20. Mi	20. Fr
21. So	21. Mi	21. Do	21. So	21. Di	21. Fr	21. So	21. Mi	21. Sa	21. Mo	21. Do	21. Sa
22. Mo	22. Do	22. Fr	22. Mo	22. Mi	22. Sa	22. Mo	22. Do	22. So	22. Di	22. Fr	22. So 4. Advent
23. Di	23. Fr	23. Sa	23. Di	23. Do	23. Mo	23. Di	23. Fr	23. Mo	23. Mi	23. Sa	23. Mo
24. Mi	24. Sa	24. So	24. Mi	24. Fr	24. Mo	24. Mi	24. Sa	24. Di	24. Do	24. So	24. Di
25. Do	25. So	25. Mo	25. Do	25. Sa	25. Di	25. Do	25. Mo	25. Mi	25. Fr	25. Mo	25. Mi
26. Fr	26. Mo	26. Di	26. Fr	26. So	26. Mi	26. Fr	26. Mo	26. Do	26. Sa	26. Di	26. Do
27. Sa	26. Di	27. Mi	27. Sa	27. Mo	27. Do	27. Sa	27. Di	27. Fr	27. So	27. Mi	27. Fr
28. So	28. Mi	28. Do	28. So	28. Di	28. Fr	28. So	28. Mi	28. Sa	28. Mo	28. Do	28. Sa
29. Mo	29. Do	29. Fr	29. Mo	29. Mi	29. Sa	29. Mo	29. Do	29. So	29. Di	29. Fr	29. So
30. Di	30. Fr	30. Sa	30. Di	30. Do	30. Mo	30. Di	30. Fr	30. Mo	30. Mi	30. Sa	30. Mo
31. Mi	31. Sa	31. So	31. Mi	31. Fr	31. Mo	31. Mi	31. Sa	31. Do	31. Mo	31. Do	31. Di

LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Sitzungswochen
Landtag

Sitzungswochen
Landtagsausschüsse

Tagungswochen
Deutscher Bundestag

Planaritzungen
Bundesrat

Sitzungsfreie
Zeit

Fr Veranstaltungen der Fraktionen,
die Wahlkreisarbeit und Sonderitzungen
der Ausschüsse reservierte Zeit

Stand: 5. Juni 2023

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de



Internationaler Besuch im Landtag MV: Vom 18. bis 19. Oktober tagten die Mitglieder der Kommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen in Wismar.

Im Rahmen ihres Aufenthalts besuchten die Mitglieder den Landtag MV. Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte die Gäste zunächst im Plenarsaal. Diese lernten im Anschluss bei einer Führung das Schweriner Schloss kennen und wohnen einem Konzert des Chor-Ensembles des Goethe Gymnasiums Schwerin bei.

Im Vordergrund der vom Landtag MV mitausgerichteten Konferenz stand das Thema „Stärkung der digitalen Resilienz“. Dabei wurden die EU-Initiativen in diesem Bereich sowie die aktuelle Situation in den EU-Regionen untersucht. Auch wurde der Frage nachgegangen, wie die lokalen und regionalen Behörden ihre digitale Resilienz verbessern und ein angemessenes Maß an Cybersicherheit erreichen können.

Parlamentsforum Südliche Ostsee 2023: Die diesjährige Konferenz der Ostseeparlamentarier aus Deutschland, Schweden und Polen stand am 18. und 19. September im Zeichen des Themas „Sozialer Zusammenhalt stärken - Migration und Integration“.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Vizepräsidentin Beate Schlupp sind mit Abgeordneten des Landtages MV nach Hamburg gereist, um die Interessen unseres Bundeslandes zu vertreten. Die anwesenden Parlamentarier haben abschließend eine Resolution verabschiedet, mit der die Arbeit an einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik beschleunigt werden soll.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee wurde 2004 auf Initiative des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gegründet – mit dem Ziel, existierende bilaterale Partnerschaften und sonstige parlamentarische Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen.